

2011.3

# KOMPASS

//kompass.im

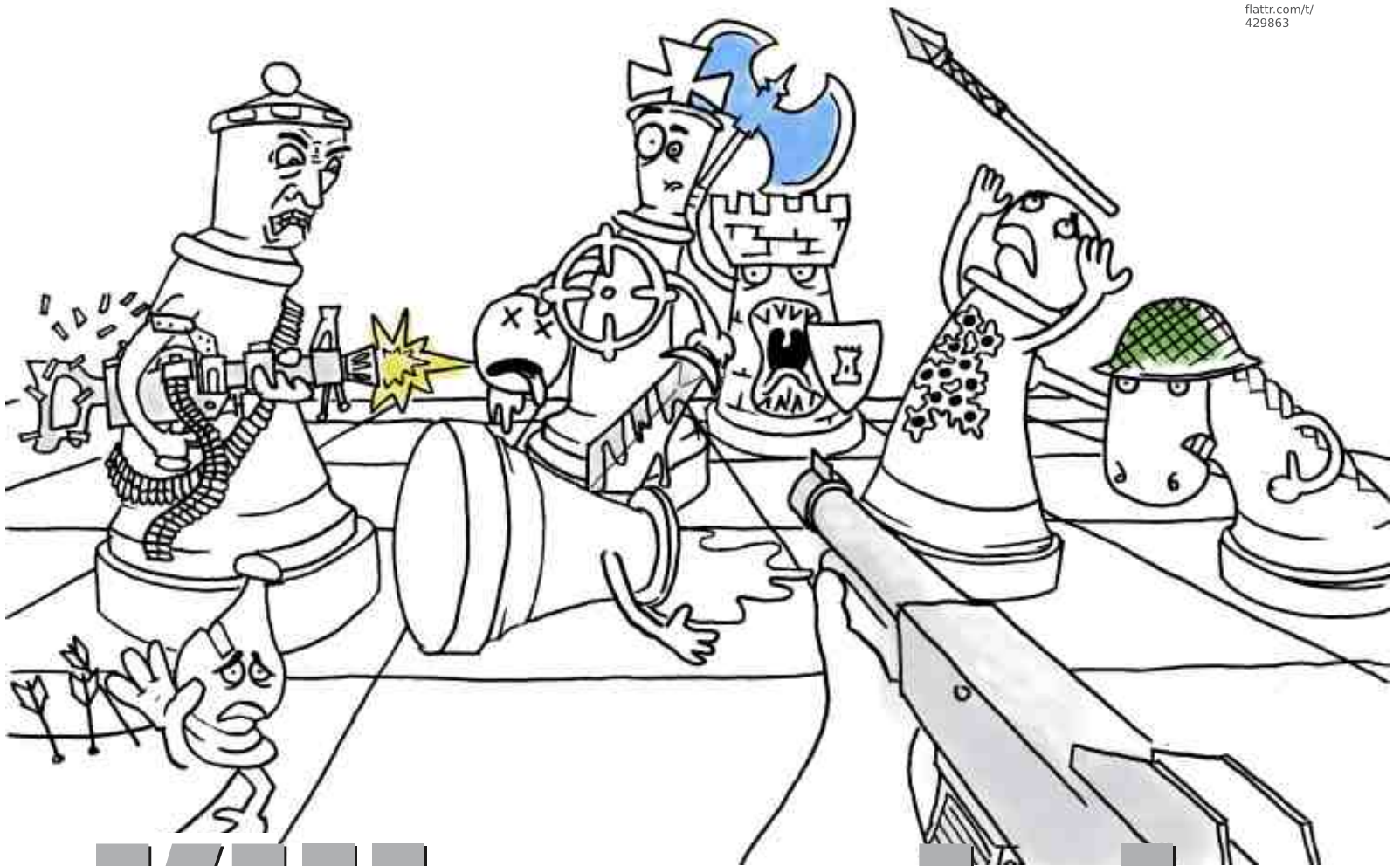
Demokratie und Freiheit, Bürgerrechte und informationelle Selbstbestimmung,  
Transparenz in Politik und Staat, existenzielle Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe,  
freier Zugang zu Information und Bildung, ein bürgerfreundliches Urheber- und Patentrecht,

sowie weitere

*Themen die Piraten bewegen*



flattr.com/t/  
429863



# Killerspiele

Games machen Menschen  
nicht zum Mörder

Politik & Gesellschaft  
**Transparenz statt  
Lobby-Politik**

Seite 8

Neu durchgerechnet:  
**Fahrscheinloser  
Nahverkehr für alle**

Seite 12

Privatsphäre  
**Datenschutz zum  
Selbermachen**

Seite 19

## AUS DEM INHALT:

Alles klar,  
Herr Kommissar

Jörg Ziercke ist Chef des Bundeskriminalamtes. Immer dabei, wenn schärfere Sicherheitsgesetze her müssen.

Seite 7

Transparenz:  
was ist das?

Gegen Hinterzimmer-Abspachen hilft nur die völlige Öffentlichkeit. Das ist eine Piraten-Spezialität.

Seite 8

Europa und die  
Demokratie

Ein Wir-Gefühl der Europäer kann man mit der Lupe suchen. Das ist bedenklich. Was für Änderungen nötig sind, damit eine echte europäische Gemeinschaft entsteht:

Seite 10

Vom Finanzamt  
gibt es Geld

Reiche bekommen nix zurück. Ärmere schon: die negative Einkommensteuer ist ein Konzept für ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Seite 16

Buchtipps  
für Piraten

Cory Doctorow erzählt die Geschichte aus einer total überwachten Gesellschaft.

Seite 18

Privatleben, wo  
bist du geblieben?

Deine Daten sind bares Geld wert. Deshalb werden deine Geheimnisse verkauft. Meistbietend. Wehr dich jetzt.

Seite 19

Willkommen  
in Utopia

Teil 2: Ein Tagebuch aus der Zukunft. Einer Zukunft, in der alles gut ist?

Seite 23

## Ahoi, liebe Lesende!

## Editorial Krise mit Chancen

Fabian Drywa

Das Jahr neigt sich so langsam dem Ende zu und wir können nicht sagen das wenig geschehen ist. Ob es das BP-Unglück mit der *Deepwater Horizon* ist, der Atomgau in Fukushima, die Revolutionen rund um das Mittelmeer, wovon einige noch stattfinden, oder die europäische Währungskrise. Alles hat uns irgendwie berührt. Jedoch – obwohl die meisten dieser Nachrichten aus den Medien verschwunden sind, haben sie eines gemeinsam. Keines dieser Geschehnisse ist wirklich abgeschlossen. Denn niemand weiß, was die Ölverdünnungsmittel für Auswirkungen an Amerikas Küsten und seine Fischereindustrie haben werden. Niemand weiß, welche Konsequenzen der japanische Gau wirklich nachträglich auf die Landschaft und dessen Bevölkerung haben wird. Niemand weiß, wie die nächste Regierung Libyens aussehen wird und niemand weiß, welche Auswirkungen die Euro-Krise auf ganz Europa haben wird. Ich möchte mich aber auf die Euro-Krise und die damit direkt oder indirekt verbundene EU-Krise

beziehen. Denn zu oft wird vergessen, dass wir als Deutsche weltweit gerade mal 1,15 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Zwar sind wir ein wirtschaftlich starkes Land, wie wird dies aber in einigen Jahrzehnten aussehen? Gerade da China sich mehr und mehr zum weltweiten Wirtschaftszentrum entwickelt, muss man erkennen, dass Politik nicht dafür da ist, Gesetze und Initiativen für die Gegenwart zu schaffen, sondern für die Zukunft, um späteren Generationen mindestens dasselbe Leben zu ermöglichen wie uns. Dies werden wir aber nicht als Einzelkämpfer schaffen. Wollen wir unsere Demokratie und unseren Lebensstandard schützen, brauchen wir alle Hände Europas. Aber die Krise bietet vielleicht auch viele Chancen. Darunter nicht nur Stärke als Einheit zu zeigen, sondern auch weil Krisen manchmal den Weg für Reformen eröffnen. Gerade diese Reformen braucht Europa für eine stabile Zukunft. Es bleibt spannend. Ich lade jeden dazu ein, sich ein eigenes Bild zu machen.

## Mach mit!

Der Kompass sucht Menschen mit Spaß am Schreiben und Piratenthemen

Mach mit! In 2012 möchten wir vier Ausgaben herausbringen. Dazu brauchen wir dich: als Autor, für die Grafik oder als Finanz-Genie!

## So lernen wir uns kennen



## jeden Mittwoch 20 Uhr Telekonferenz

Software: <http://wiki.piratenpartei.de/Mumble#NRW>  
NRW-Mumble-Server im Raum: Piratenzeitung



## Mailingliste der Piratenzeitung AG

Übers Web-Forum <http://piraten.in/agpz> oder Mailingliste  
<https://service.piratenpartei.de/listinfo/ag-piratenzeitung>

## Wir arbeiten öffentlich und transparent

Tagespad: <http://piratenmagazin.piratenpad.de/Tagespad>  
Redaktionswiki: <http://wiki.piratenzeitung.de/?title=Kompass:2012.1>  
Kompass-Blog: <http://news.kompass.im>  
Twitter: <https://twitter.com/#!/Piratenzeitung>

## KOMPASS

wird herausgegeben vom Denk Selbst e.V. und erscheint vierteljährlich. Die Zeitung gibt stets lediglich die Meinung der Autoren eines Artikels wieder. Diese Piratenzeitung ist keine Piratenpartei-Zeitung!

<http://kompass.im/>

[kompass@piratenzeitung.de](mailto:kompass@piratenzeitung.de)

Twitter: @Piratenzeitung

## Mitwirkende:

Joshua Brück (Finanzen), Fabian Drywa (V.i.S.d.P. und Vertrieb), Stefan Müller (Text und Layout Kompass), Thomas Latzke (Text und Layout BPT), ulrics (Text), Tobias M. Eckrich (Fotos), Andre Trecksel (Zeitungsdesign) ... und die Autoren

## Postanschrift der Redaktion:

Marienburger Str. 18,  
26389 Wilhelmshaven

## Postanschrift des Vereins:

Marienburger Str. 18,  
26389 Wilhelmshaven

## AboService &amp; Vertrieb:

[kompass.vertrieb@denk-selbst.org](mailto:kompass.vertrieb@denk-selbst.org)

Titel: CC-BA-SA Tim Harder

## Druck: MegaDruck.de GmbH

Eichendorffstraße 34 b,  
26655 Westerstede



## Kopieren erlaubt!

Alle Inhalte, Texte, Bilder und Illustrationen etc. stehen unter **Creative Commons BY-NC-ND** (soweit nicht anders gekennzeichnet) und dürfen für nichtgewerbliche (NC) Nutzung unverändert (ND) kopiert, vervielfältigt und verbreitet werden, sofern die Urheber genannt werden (BY) in den Kopien, welche unter den gleichen Lizenzbedingungen veröffentlicht sein müssen. Beispiel eines Vermerks: CC-BY-NC-ND: Max Mustermann / Kompass  
Fragen richten Sie bitte an: [lizen@piratenzeitung.de](mailto:lizen@piratenzeitung.de). Den exakten Lizenztext lesen Sie bitte vor Ihrer Nutzung im Web auf <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>

Ein Produkt der Arbeitsgemeinschaft

PIRATENZEITUNG

[www.piratenzeitung.de](http://www.piratenzeitung.de)



# Killerspiele

Games machen Menschen  
nicht zum Mörder

CC-BY-SA Heike Palm

Was geht in den Menschen vor, die eines dieser gewalthaltigen Computerspiele nächtelang durchleben? Droht eine radikale Persönlichkeitsveränderung? Diplom-Psychologin Heike Palm über den Einfluß von Games auf gefestigte und ungefestigte Personen.



Kampfspiel aus der Ich-Perspektive: Battlefield 3 setzt neue Maßstäbe auch mit aggressivem Rechteschutz

Screenshot Battlefield 3

Der Begriff Killerspiele gilt aus wissenschaftlicher Sicht als unsachlich, da das Wort Killer sehr suggestiv ist und einen objektiven, nüchternen Zugang zu dem Thema erschwert. Gebräuchlich ist hingegen die Rede von „gewalthaltigen Computerspielen“.

Wir verstehen darunter Spiele, die einzeln oder im Team gespielt werden. Meistens ist das Ziel des Spieles, eine Mission zu erfüllen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Gegner beseitigt und die eigene Spielexistenz geschützt werden. In den meisten Spielen geht es also, entgegen landläufiger Meinung, nicht darum „ballernd“ durch die Gegend zu laufen und alles abzuschießen, was sich bewegt, sondern

sich taktisch klug zu verhalten, Gefahrensituationen auch mal zu umgehen und Gewalt dann als Mittel zum Zweck einzusetzen.

Es gibt sogenannte Firstperson- oder Egoshooter, bei denen sich das Spiel aus Perspektive des Spielers abspielt, er also direkt als handelnde Person mit den entsprechenden Waffen agiert und Thirdpersonshooter, wo der Spieler eine Spielfigur bewegt. Es gibt Spiele, in denen man alleine, gewissermaßen gegen den Computer spielt und Spiele die im Team, online oder im Netzwerk gespielt werden.

Da müssen wir erst mal nach dem potentiellen Spieler fragen: Handelt es sich um Erwachsene oder Kinder und Jugendliche?

Ich möchte diese beiden Personengruppen getrennt behandeln, da es hier sehr unterschiedliche Dinge zu bedenken gibt. Ich möchte mich zunächst den Erwachsenen widmen, da diese Spiele ja zumeist nur für Erwachsene mit entsprechender Altersbegrenzung zugelassen sind. Zu den Kindern und Jugendlichen komme ich dann später.

## Aggressionsgefühle und -impulse

Bei der Frage, ob solche Spiele aggressiv machen, ist zwischen dem Aggressionsgefühl oder Aggressionsimpuls und einer tatsächlichen aggressiven Handlung zu unterscheiden. Men-

schen haben Aggressionen. Wir alle haben Gefühle wie Wut, Zorn, Ärger, Gereiztheit. Meistens tauchen solche Gefühle auf, wenn wir uns von anderen angegriffen, kritisiert, ungerecht behandelt fühlen oder aus anderen Gründen frustriert werden.

Das Gefühlszentrum unseres Gehirns ist das limbische System, dort sitzt auch die Amygdala (Mandelkern), die unser Angriffs- oder Fluchtverhalten steuert. Verschiedene Studien zeigen, dass gewalthaltige Computerspiele aggressive Impulse steigern – allerdings nur bis in die ersten Minuten nach dem





Alleine kann man auch schaukeln, aber mehr Schwung gibts zu zweit. Wenn ein Verhalten Erfolg bringt, wird es in Zukunft häufiger ausgeübt. So erweitert sich das Verhaltensrepertoire im Lauf der Zeit.

CC-BY epsos.de / Flickr

Spiel. Ein ähnlicher Effekt ist sogar stärker bei Betrachtern von gewalttätigen Filmen zu beobachten. Verschiedene Untersuchungen zeigen bei Spielern Erregungspotential in der Amygdala. Außerdem konnten folgende kurzfristige Effekte (bis circa 30 Minuten nach dem Spielen) festgestellt werden:

- Aggressive Emotionen wie Wut oder Ärger scheinen verstärkt aufzutreten
- Aggressive Gedanken, Überzeugungen und Vorstellungen scheinen sich zu verstärken
- Es zeigt sich eine verstärkte physiologische Erregung
- Kooperatives Verhalten scheint abzunehmen
- Die Personen scheinen eher zu feindseligen Attributionen zu neigen.

Verschiedene Studien zeigen ähnliche Ergebnisse (Anderson/Gentile/Buckley 2007; Hartmann 2006).

## Was sagt uns das?

Spielen von gewalttätigen Spielen (und das Betrachten gewalttätiger Filminhalte) führt zu einer physiologischen Erregung, die anscheinend aggressive Impulse beinhaltet. Das ist auch nachvollziehbar. Als Spieler begeben sich in eine hochgradige Stress-Situation. Ich bewege mich in einer real anmutenden

lichten Atmosphäre, hinter jeder Ecke kann ein potentieller Gegner lauern und mich beseitigen. Ich will aber natürlich das Ziel des Spiels erreichen, also meine Mission durchführen. Das ver-

## Gewaltspiele zeigen in einem Kurzzeiteffekt eine Verringerung kooperativen Verhaltens.

setzt mich in absoluten Stress. Spieler, mit denen ich mich unterhalten habe, schildern selten Gefühle von Wut, Zorn, Hass in der Spielsituation, sondern eher das Gefühl von Gefahr / Bedrohung und einen großen Ehrgeiz „durchzukommen“. Menschen in Stress-Situation zeigen körperliche Symptome wie Erhöhung der Herzfrequenz, des Blutdrucks, der Muskelspannung und sie neigen absolut nicht zu kooperativem Verhalten. Würde man Sportler vor einem Wettkampf, Autorennfahrer vor dem Start oder Fußballspieler mit ähnlichen Methoden untersuchen, käme man höchstwahrscheinlich zu ähnlichen Ergebnissen. Das ist bisher aber noch nicht in der Form untersucht worden. Man hat jedoch ver-

gleichbare Ergebnisse bei Autorennspielen am PC. Keine Studie konnte diesbezüglich Langzeiteffekte nachweisen. Diese Erregungszustände scheinen also eng an das Spielgeschehen ge-



koppelt zu sein. Schlussfolgerung: Gewaltspiele zeigen in einem Kurzzeiteffekt eine Steigerung der physiologischen Erregung, eine Erhöhung aggressiver Impulse und eine Verringerung kooperativen Verhaltens.

## Gewalttätiges Handeln

Ob ich meine aggressiven Impulse in Gewaltverhalten zeige, ist von anderen Faktoren abhängig, z.B. von Lernvorgängen. Ein Kind lernt im Laufe seiner Entwicklung, welche Verhaltensweisen zum Erfolg führen und welche nicht. Erstes Beispiel: Kind A sitzt im Sandkasten und will den Bagger von Kind B haben. Kind A haut mit der Schaufel zu, Kind

B schreit, lässt den Bagger fallen und rennt weg. Die Mutter von Kind A mischt sich nicht ein. Kind A lernt, dass Zuhauen zum erwünschten Ziel führt. Beispiel 2: Gleiche Szene, aber Mutter von Kind A mischt sich ein, Kind A muss Kind B den Bagger wiedergeben und bekommt eine Auszeit auf der Bank verordnet. In diesem Fall lernt Kind A, dass aggressives Verhalten keinen Erfolg hat. Wenn ein Verhalten zum Erfolg führt, wird dieses Verhalten in der Zukunft häufiger gezeigt. Je häufiger Verhalten also verstärkt wird, um so stabiler werden solche Handlungssequenzen. Im Laufe seines Lebens entwickelt ein Mensch ein entsprechendes Verhaltensrepertoire, verinnerlicht gesellschaftliche Normen und Werte. Im Gehirn, im Frontallappen, bilden sich hemmende neurobiologische Systeme aus, die dafür sorgen, dass Handlungsimpulse, egal welcher Art, im allgemeinen nicht ungebremst ausgeführt werden. Beispiel: Unser Chef kritisiert uns heftig, vielleicht sogar unsachlich und ungerecht, wir spüren eine heftige Wut. Trotzdem werden wir nicht zuschlagen, weil wir gelernt haben, dass dieses Verhalten a) kontraproduktiv ist und b) wir als erwachsene Menschen nicht dazu neigen, andere körperlich zu verletzen. Um auf das Thema Gewaltspiele zurückzukommen: Während und kurz nach dem



Spielen ist das Aggressionspotential erhöht, es gibt aber keine Studien, die zeigen, dass dieses Verhalten sich auch in gewalttätigen Aktionen ausdrückt, zumindest nicht beim normalen, erwachsenen, gut sozialisierten Menschen.

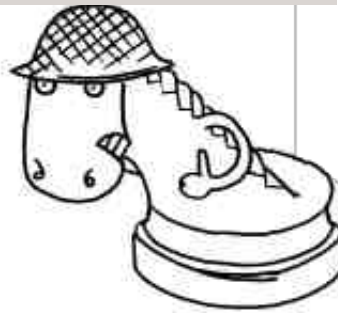
## Neurobiologische Studien

Dr. Torsten Fehr von der Universität Bremen hat vor kurzer Zeit eine Untersuchung mit sehr interessanten Ergebnissen durchgeführt. Er untersuchte erwachsene, männliche Personen per MRT, während ihnen Szenen mit virtueller, bzw. realer Gewalt vorgespielt wurden. Dabei stellte der Forscher die räumliche Perspektive des Egoshooters nach. Die Versuchsperson bewegte sich mit vorgehaltener Waffe durch lange Flure und traf entweder auf Verbündete oder Feinde, die es auszuschalten galt.

Außerdem wurden in einer weiteren Studie Szenen mit realer Gewalt aus der Ich-Perspektive verwendet, die eher alltägliche Bedrohungen zeigten: Man wurde (ebenfalls aus der Ich-Perspektive) angerempelt und gab dem Angreifer eine Ohrfeige. Die Auswertungen ergaben, dass virtuelle Gewalt in völlig anderen Gehirnregionen verarbeitet wird als reale Gewalt. Unser Gehirn kann sehr wohl zwischen Virtualität und Realität unterscheiden. Dr. Fehr interpretiert die Ergebnisse dahingehend, dass es eine Frage der Fiktionalität ist.

Das Gehirn kann erkennen, dass es sich bei den Spielszenen um Fiktionen handelt, da wir keinerlei Alltagserfahrungen in dieser Richtung haben. Er geht in der Konsequenz davon aus, dass es sehr unwahrscheinlich ist, dass sich die so verarbeiteten Reize in reales Handeln übertragen können. Er sagt aber auch, dass dieses für normale, erwachsene, entsprechend sozialisierte Menschen gilt, für die ein derartiges Spiel- bzw. Filmgeschehen als fiktional erkennbar ist. Schlussfolgerung: Gewaltspiele scheinen für den erwachsenen normal sozialisierten Menschen keine Ge-

**Gewaltspiele scheinen für den erwachsenen normal sozialisierten Menschen keine Gefährdung darzustellen.**



fährdung darzustellen. Wir sehen höchstens gewisse Gewöhnungsprozesse an gewalttätige Darstellungen bei exzessivem Spielen.

## Kinder und Jugendliche

Bei Kindern und Jugendlichen sieht die Sache jedoch völlig anders aus. Gewaltspiele und natürlich auch Gewaltfilme sind für Kinder und Jugendliche in keiner Weise geeignet!!! Und zwar aus verschiedenen Gründen:

- Das kindliche Gehirn ist noch sehr unreif und unausdifferenziert. Es entwickelt sich im Laufe der Kindheit und Jugend weiter und reift aus.
- So sind die hemmenden neurobiologischen Systeme bei Kindern noch nicht ausgebildet, was dazu führt, dass Kinder Impulse meist direkt in Handlung umsetzen. Wer schon einmal ein frustriertes Kleinkind erlebt hat, weiss, dass Kinder dann toben, schreien und um sich schlagen.

Verhalten, dass bei einem erwachsenen Menschen eher selten zu beobachten ist. Das heißt, dass Kinder, die aggressive Impulse verspüren, eher dazu neigen, diese in Handlungen umzusetzen. Wenn wir nun wissen, dass Gewaltspiele kurzfristig zu Erregungszuständen und aggressiven Impulsen führen, sehen wir auch, dass die Möglichkeit der Erhöhung aggressiven Verhaltens bei Kindern in diesem Fall gegeben ist.

- Jede Handlung, die wir beobachten, wird als mögliche Handlungsalternative im Gehirn gespeichert, bei Erwachsenen wie bei Kindern. Wir Erwachsenen wissen, dass die Spielhandlung ein fiktionales, nicht wirkliches Ereignis ist, das Kind weiß das nicht.
- Während der Sozialisation baut das Kind erst sein Verhaltensrepertoire auf, es lernt im Spiel. Daher haben Gewaltspiele bei Kindern eine ganz andere Lerndimension als bei Erwachsenen.
- Kinder haben noch kein Norm- und Wertesystem aufge-

baut. Wir Erwachsenen beurteilen Gesehenes immer durch unseren Wertefilter, bei Kindern gehen Inhalte ungefiltert ins Gehirn ein.

- Kinder können noch nicht zwischen Fiktion und Realität unterscheiden, die Grenzen sind hier einfach fließend. Das Kind sieht eine Spielsituation als real an und lernt „ach so kann man sich verhalten, wenn eine Bedrohungssituation auftaucht. Jemanden, der sich mir in den Weg stellt, kann ich einfach erledigen“. Das Kind lernt also Gewalt als angemessenes Mittel zur Situationsbewältigung kennen.

- Kinder müssen Empathie erst lernen. Ein Baby kommt mit einer Grundausstattung von Spiegelneuronen auf die Welt. Dabei handelt es sich um spezielle Neuronennetze, die für Empathie und emotionale Intelligenz eine wichtige Rolle spielen. Dieses System differenziert sich immer weiter aus durch die Interaktion mit anderen Menschen. Computerspiele bieten keine Möglichkeit zur Empathie an, d.h. dass bei Kindern, die viel Zeit vor dem Computer verbringen, diese Systeme nicht geschult werden. Gewalt wird also emotionslos, ohne Empathie, erlebt und damit auch banalisiert.

- Außerdem treten bei Erwachsenen wie bei Kindern Gewöhnungsprozesse ein. Was für den Erwachsenen aufgrund der Unterscheidung von Fiktion und Realität eher unproblematisch ist, ist für das Kind erheblich dramatischer, es überträgt mög-

Foto CC-BY-Piratenparteiwiki



Killerschachspieler nach dem Killer-Schachspiel (siehe auch Seite 6 links unten)



licherweise fiktionale Gewalt auf die Realität und zeigt dann auch bei Gewalt im realen Leben entsprechende Abstumpfungsprozesse.

Schlussfolgerung: Gewalthaltige Computerspiele und -filme sind für Kinder absolut nicht geeignet.

## Es sind die Eltern gefordert

An dieser Stelle hier sind die Eltern gefordert. Wir Eltern haben



**Zu unserem Titelbild** Nicht wenige werden sich gefragt haben: was stellt das Cover dar. Was man da sieht, nennt sich Killer-Schach. Einige werden jetzt sagen, Schach ist doch ein friedliches und harmloses Spiel, bei dem es darum geht, einen Gegner durch geschickte Züge matt zu setzen. Dabei wird übersehen, dass Schach in seinen Ursprüngen ein Kriegsspiel ist. Mit den Figuren der beiden Kriegsparteien erledigt man den Gegner. Eiskalt werden dabei die Figuren geopfert, alles mit dem Ziel, den König zu stürzen. Das alles kommt in einer verharmlosenden Verpackung daher. Als Brettspiel. Diese blumige Analogie wurde bewusst gewählt, um zu zeigen, wie sehr Vorurteile die Debatte um Actionspiele beherrschen.

die Verantwortung für unsere Kinder, wir müssen dafür sorgen, dass unsere Kinder durch vielfältige menschliche Interaktionen ein entsprechendes Wertesystem entwickeln. Nun wird aus keinem Kind, das im familiären Umfeld eine Vielzahl von gewaltfreien Konfliktbewältigungsmöglichkeiten kennen lernt, durch ein Computerspiel ein gewalttätiger, aggressiver Mensch.

Aber es muss uns klar sein, dass gewalthaltige Medien auf keinen Fall zuträglich sind. Es gibt nun mal Dinge, die sind nur für Erwachsene geeignet, das ist uns auch bewusst. Kein Mensch zeigt seinem 12-jährigen Pornos, stellt ihm die Wodkaflasche hin und liest ihm zum Einschlafen Stephen King vor.

In genau diesen Bereich gehören auch Gewaltspiele. Für Erwachsene eher ungefährlich, aber absolut nicht kindgerecht. Wir haben in Deutschland ein recht strenges Jugendschutzgesetz. Alkohol und Zigaretten dürfen erst ab 18 Jahren gekauft werden, und auch erst ab diesem Alter darf man in die entsprechende Ecke in der Videothek. Die Spiele, über die wir hier sprechen, sind auch mit einer Altersfreigabe versehen, die im allgemeinen bei 16 oder 18 Jahren liegt. Das heißt, wir Eltern sind gefordert, zu schauen, was unsere Kinder und Jugendliche am Computer tun. Da sind manche Eltern erschreckend uninformatiert.

- Schauen Sie nach, welche Spiele Ihre Kinder spielen und denken Sie auch an die Playstation, die X-Box und den Nintendo.
- Bitte konfiszieren oder verbieten Sie nicht gleich, wenn Sie fündig werden. Verbote nützen in den meisten Fällen überhaupt nichts.
- Sprechen Sie mit Ihren Kindern über die Spiele, spielen Sie mal selbst. Erzählen Sie Ihren Kindern, was Ihnen da nicht gefällt, welche Gefühle Sie haben.
- Pflanzen Sie ein paar kritische Gedanken in die Köpfe Ihrer Kinder, aber bitte nicht mit dem erhobenen Zeigefinger.
- Nehmen Sie Ihre Kinder

## „Es geht hier nur um Symbolpolitik“

Kommentar von einem Gamer

Mmh immer wenn ich das Wort Killerspiele höre, dann ist meistens zuvor ein Amoklauf passiert.

Politiker fordern dann das Verbot dieser „Killerspiele“. Sie seien schuld an dem Gewaltausbruch des jungen Erwachsenen. Doch wissen die Politiker überhaupt, was Killerspiele sind? Und wie soll man überhaupt abgrenzen, was ein Killerspiel ist?

Ist Mensch-ärgere-dich-nicht ein Killerspiel, weil dabei Figuren vom Brett geschmissen werden? Doch, ich denke, soweit gehen die Gedanken der Politiker, die die Killerspiele verbieten wollen, nicht einmal. Es geht hier nur um Symbolpolitik.

Das ist bei mir schon soweit gekommen, dass jedes Mal, wenn ich von einem Amoklauf höre, ich Angst davor habe, dass irgendein Politiker wieder fordern wird, dass man Killerspiele verbietet. Aber auf die Idee, dass man Schützenvereine verbieten soll, weil die ja einem das Schießen beibringen, ist noch keiner gekommen (abgesehen davon, dass das natürlich auch keine Lösung des Problems darstellt).

Denn schauen wir uns mal die

Kultur der Gamer an, speziell die der Ego-Shooterspiele.

Müssten nicht wesentlich mehr junge Erwachsene Amoklaufen, wenn wirklich die Ego-Shooter daran schuld wären? Auch hier mal ein kurzer Abriss aus meinem Leben, als ich in der Realschule war, waren wir eine Gruppe aus 4-5 Leuten, die den lieben langen Tag damit zugebracht haben, Counter Strike zu spielen. Bis jetzt ist noch keiner von uns Amok gelaufen.

Ich bin der Auffassung, dass ein Ego-Shooter in einem gestörten Geist etwas auslösen kann, das dann wiederum zu einem Amoklauf führt.

Auch dass jemand, der in einem schlechten sozialem Umfeld oder überhaupt keines hat, sich quasi isoliert hat, eher dazu neigt, einen Amoklauf zu begehen als jemand, der gut in sein Umfeld eingebunden ist. Die Eltern spielen hierbei eine wichtige Rolle. Meine Eltern haben sich die Spiele die ich gespielt habe, immer vorher angeschaut und haben dann entschieden, ob ich schon alt genug bin, um dieses Spiel zu spielen. Man kann seine Kinder nicht einfach vor den Computer setzen und sagen, die machen das schon.

-mac

ernst, lassen Sie sich erklären, weshalb Ihr Kind diese Spiele mag. Vielleicht ist es das taktische Vorgehen in dem Spiel, vielleicht ist es das Spielen im Team, vielleicht spielt ihr Kind dieses Spiel auch nur, weil es im Freundeskreis angesagt ist. Solche Spiele fördern z. B. auch taktisches Denken, Problemlösungsstrategien und soziale Komponenten bei der Teamarbeit.

- Spielen Sie diese Spiele nicht im Beisein ihrer Kinder, weil alles, was Sie als Eltern tun, für das Kind automatisch richtig ist.
- Geben Sie diese Spiele nicht an Kinder und Jugendliche weiter.

Zusammenfassend kann ge-

sagt werden: Gewaltspiele sind nach bisherigem Stand der Forschung für normale gut sozialisierte Erwachsene als absolut unproblematisch zu sehen. Für Kinder sind diese Spiele nicht geeignet, weil das kindliche Gehirn mit diesen Szenen noch nicht umgehen kann. Eltern sind gefordert, ihre Kinder zu schützen und ihnen beizubringen, wie man mit Medien auch kritisch umgeht.

Für ein generelles Verbot von Gewaltspielen gibt es keine wissenschaftliche Begründung. Dann müsste man auch Filme wie James Bond oder ähnliches, sowie Pornographie und Alkohol verbieten.



# Der Talkshow-Kommissar

**Serie: Die Anderen** Jörg Ziercke ist Chef vom Bundeskriminalamt. Muss er deshalb in jedes Mikro reden und für mehr Überwachung werben, während er uns trojanisiert?

So kurz vor der Rente (nächsten Juli wird er 65) dreht Ziercke nochmal richtig auf gegen Terror und Internet-Kinderporno.

Mit der Wucht seines Amtes greift der Bundeskriminalamt-Chef in die politische Diskussion ein. Zugriff auf privat gespeicherte, vertrauliche Telefongespräch- und Webclick-Daten, dies forderte Jörg Ziercke im Juni diesen Jahres.

Aufhänger ist erneut die angeblich schwere Straftat „dokumentierter Kindesmissbrauch anhand von im Internet veröffentlichten Bildern“ sowie eine Bedrohung terroristischer Art. Tja, wir werden immer bedroht, unter anderem von den monströsen Stasi-Träumen aus der BKA-Ecke. Ein besonders dicker Sargnagel für die schleichende Abschaffung der deutschen Bürgerrechte: der Staats-, Bundes- oder BKA-Trojaner.

## On the road to nowhere

Während Ziercke landein, landauf gegen Kipo wettert, leistete sein Bundeskriminalamt fleißig Amtshilfe und IT-Consulting für das eine oder andere Landeskriminalamt. Die Hackervereinigung CCC entdeckte die staatliche Schnüffelsoftware mit verbotenen Funktionen. Der Staats-trojaner mußte auf zahlreichen Bürger-PCs fachgerecht platziert werden. Mal bei einer Zollkontrolle am Flughafen, mal bei einem heimlichen Einbruch in eine Wohnung. Natürlich werden dabei die Grundrechte der Betroffenen eiskalt ignoriert. Die geheime Staatspolizei ist wieder da! Wie bei den Hausdurchsuchungen ist der Finger schnell am Abzug. Trojanisiert wurde etwa ein kleiner Drogendealer. Mit dem elektronischen Spitzel wird der Heimcomputer zur vielfältig



Jörg Ziercke: langjährig oberster BKA-Beamter und Stichwortgeber für Innenpolitiker wie „Deutschland wird von Sicherheitsbeamten regiert“-Hans-Peter-Uhl (CSU)

einsetzbaren Audio- und Video-Überwachungsmaschine. Intime Gedankengänge werden ausgespielt, denn der Trojaner kann alle paar Sekunden ein Bildschirmfoto anfertigen und es zurück nach Hause, zum Beispiel direkt auf Jörg Zierckes Office-PC, übersenden.

Warum der Fast-Rentner im BKA-Präsidentenamts mit seinen überkommenen Ansichten eigentlich immer so medienpräsent ist, gehört ebenfalls hinterfragt. Auch von Georg Ehrmann, Geschäftsführer des als demagogisch verschrieenen Vereins

Deutsche Kinderhilfe e.V. ließ sich Ziercke zur offiziellen Kindergewaltstatistik-Präsentation 2010 einladen. Über die Machenschaften dieser Kinderhelfer berichtete Kompass 2011.2 (PDF unter [kompass.im](http://kompass.im))

## Maulkorb frei

Dem Leiter einer nachgeordneten Behörde steht es meiner Meinung nach nicht zu, in Medien und bei zweifelhaften PR-Terminen gegen verfassungsgerichtliche Grundsatzentscheidungen zu polemisieren. Da ist mehr Zurückhaltung und auch

Zurückweisung seitens der Politik gefragt.

Doch wenn selbst ein Doktor der Rechtswissenschaften wie Hans-Peter Uhl sich im Bundestag hinstellt und unwidersprochen gegen die CCC- und PIRATEN-Aufklärung zur staatlichen Überwachung wettert, weiß der Beamten-Apparat und sein Boß: Wir haben freie Fahrt.

Leider bleibt nur wenig Hoffnung auf ein Machtwort von Bundesregierung oder der sogenannten Bürgerrechtspartei FDP. Selbst die liberale Justizministerin kann nur wenig ausrichten in dieser Partei, die um ihr Überleben kämpft. Da hilft nur wegwählen, am besten durch die Piratenstimme bei kommenden Wahlen. Nur so kommen Menschen ans Ruder, die Ziercke mit mehr grundrechtsschonendem Handeln beauftragen, oder direkt in den wohlverdienten Ruhestand schicken können.

## Das Bundeskriminalamt



gehört zum Reich von Innenminister Hans-Peter Friedrich. Von Wiesbaden, Berlin und dem häßlich-verbauten Meckenheim nahe Bonn wirken die BKAler bei der bundesweiten Verbrechensbekämpfung mit. Sie sind kein deutsches FBI, eher ein

Think Tank, können also nicht einfach vor Ort die Ermittlungen an sich ziehen. Dies und ein gewisses Elitedenken führt zu Verdruss und Wunsch nach spektakulären eigenen Aufgaben: wie etwa der Bekämpfung der dunklen Seite des Internet.



## Transparenz – ein Erklärungsversuch

CC-BY-SA Dr. Angelika Brinkmann

Transparenz ist im politischen Zusammenhang ein häufig gebrauchter aber wenig klarer Begriff. Die Anforderungen an Transparenz sind sehr unterschiedlich. Sie ist wichtig bei Entscheidungsfindung, Vertragsabschlüssen und allgemeiner politischer Berichterstattung.

Transparenz soll integraler Bestandteil sein von Wirtschafts-, Gesundheits-, und Rechtspolitik. Diese Anforderungen belegen die Mehrdimensionalität von Transparenz. Sie ist einerseits gekennzeichnet durch Merkmale investigativen Journalismus, andererseits Teil eines politischen Konzepts, welches die Bereitstellung aller für ein Vorhaben oder Gesetz relevanten Informationen sowie deren Analyse und Erörterung beinhaltet.

Um diesen unterschiedlichen Anforderungen zu entsprechen wird hier Transparenz, in Anlehnung an Transparency International folgendermaßen definiert:

*Gleiche Zugangsmöglichkeiten zu politischen Entscheidungsträgern sowie die Bereitstellung, gleichen und freien Zugangs zu den entscheidungsrelevanten Informationen.*

Wesentliche Elemente eines solchen Transparenzanspruchs sind Vertrauen und Zeit. Vertrauen darauf, dass tatsächlich alle

relevanten Informationen zur Verfügung gestellt werden, und Zeit für Bürger und andere Beteiligte (Politiker, Verwaltungs-, Planungsfachleute, Investoren) Analysen, Erörterungen und Einwände zu berücksichtigen.

Transparenz ist kein Wert an sich, keine konstante Größe, sondern ein Erfahrungswert. Sie ist eine Variable, besonders abhängig von Vertrauen in z.B. politische und wirtschaftliche Prozesse, sowie deren Vertreter. Transparenz bedeutet nicht automatisch Gerechtigkeit, sie macht häufig Komplexität erst sichtbar.

Information, Kommunikation, Wissen und der kompetente Umgang damit bilden die Grundlage unserer Gesellschaft. Es bedarf vieler Informationen, um ein Vorhaben zu begutachten und einordnen zu können. Hierzu gehört den Wert von Informationen zu beurteilen, das Wissen, wie man im Zeitalter permanenter Datenvernetzung sich diese Informationen verschafft, sie schützt, interpretiert, aber auch das Bewusstsein, dass sie missbraucht werden können.

Transparente Politik garantiert dann Stabilität, wenn sie als Ergebnis von Lernprozessen Veränderungen durchlaufen hat und grundsätzlich offen ist, sich neuen Entwicklungen anzupassen. Ein so angewendeter Transparenzanspruch als Teil eines politi-

schen Konzepts ist keine Beschränkung von Politik, sondern eine notwendige Ergänzung und erhöht die Funktionsfähigkeit von Politik.

Verwaltungshandeln soll für die Bürger durchschaubar und leicht verständlich sein. Informationen aus der Verwaltung sollen frühstmöglich, uneingeschränkt, maschinenlesbar und niedrigschwellig zur Verfügung gestellt werden. Das schließt eine Veröffentlichung im Internet ein.

Verträge und Gutachten einer Gebietskörperschaft (Bezirk, Stadt, ...) müssen komplett und kostenlos öffentlich zugänglich sein. Der Ausschluss der Öffentlichkeit von Sitzungen oder Ausschüssen ist auf ein absolutes Minimum zu beschränken. Geheime Sitzungen sollen in jedem Einzelfall öffentlich begründet und beschlossen werden. Protokolle öffentlicher Sitzungen und von Ausschüssen sollen sofort und vollständig online verfügbar gemacht werden. Änderungen am Protokoll sind transparent darzustellen und zu begründen. Alle Sitzungen sind live zu übertragen und gleichzeitig aufzuzeichnen. Diese Aufzeichnungen unterliegen wie die Protokolle der Informationsfreiheit und sind dementsprechend zu veröffentlichen.

Der Text wurde gemäß CC-Lizenz übernommen (Quelle: piraten.in/ppbcb).



**Kernthema** Parlamente mit Milchglasscheiben wollen wir nicht mehr. Gefragt ist ein offener Politikstil. Transparenz bindet den Bürger ein. Doch wann ist das zuviel?

## Nebenverdienste der Abgeordneten veröffentlichen – ab dem ersten Euro

CC-BY-NC-SA Benjamin Stöcker

Der Bundestag gab vor einiger Zeit zu den neuen Transparenzregeln der Nebeneinkünfte von Abgeordneten eine Pressemitteilung heraus, die einige Wellen schlug. Auch im neuen System sollten die einzelnen Nebeneinkünfte der Abgeordneten durch Stufen „verschleiert“ werden. Die Stufen sollten allerdings verändert werden. Eine Veröffentlichung fände nach dem Vorschlag nur noch bei mehr als 10.000 Euro pro Auftraggeber statt. Was sich in der Pressemitteilung des Bundestages wie ein Fortschritt las, empfand der Verein Lobbycontrol als Schlag ins Gesicht. Sie starteten eine Protestaktion – die Kritik hatte Erfolg, der Vorschlag wird noch einmal überarbeitet.

Mir persönlich wird aller Voraussicht nach auch der neue Vorschlag nicht weit genug gehen. Ich bin der Meinung, dass jeder, der sich in ein Vollzeitabgeordnetenmandat wählen lässt, jeden Euro den er durch anderweitige Tätigkeiten verdient, veröffentlichen sollte. Ich denke einfach, dass jeder Wähler das Recht besitzt, zu wissen wovon sein Abgeordneter noch abhängt. Ob diese Tätigkeiten integer und zu der politischen Einstellung und Persönlichkeit des Abgeordneten passt und ob der Abgeordnete (m)eine Stimme verdient hat, ist dann die eigene Entscheidung. Hierzu müssen die Nebenverdienste der Abgeordneten einsehbar sein und zwar in Art, Höhe und Herkunft. Anders ist ein objektives Beurteilen kaum möglich.

Im Deutschen gibt es ein Sprichwort, das die Gefahr der Nebenverdienste sehr schön aufzeigt: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing. Natürlich ist das nur eine Gefahr und ich glaube sogar, dass sich der Großteil der Abgeordneten von ihren Nebentätigkeiten nur bedingt beeinflussen lässt. Das trifft allerdings auch auf fast alle Angestellten zu. In fast jedem Arbeitsvertrag finden sich Klauseln, die Arbeitnehmer zur Anzeige genau dieser Daten einer Nebentätigkeit verpflichten.

Für mich ist der Arbeitgeber eines Abgeordneten das Volk, das er vertreten soll. Es wäre also nur konsequent, wenn er diesem über seine Nebentätigkeiten offen, ehrlich und knallhart Bericht erstattet. Dieser kann dann überlegen, ob er den Vertrag mit dem Abgeordneten dann für eine weitere Legislatur verlängert oder nicht. Da es unsere Gesellschaft nicht weiter bringt, wenn man immer nur über „die da oben“ mosert, hatte ich mich entschieden zu diesem Thema eine E-Petition einzureichen:

*Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass ab der nächsten Legislaturperiode Abgeordnete ihre Nebeneinkünfte ab dem ersten Euro zur Veröffentlichung beim Bundestagspräsidenten anzeigen müssen.*

Dass ich die Neuregelung erst für die neue Legislaturperiode fordere, hat gute Gründe. Ich finde es moralisch nur schwer vertretbar, wenn man einem Abgeordneten, der bereits im Bundestag sitzt, neue Regeln aufdiktiert. Wenn dem Abgeordneten diese Regeln nicht gefallen, so kann er sicherlich den Bundestag verlassen. Die meisten Abgeordneten fühlen sich aber ihren Wählern verpflichtet. So manchem Abgeordneten könnte dadurch eine schwere Entscheidung aufgedrückt werden. Kurz könnte man auch sagen, dass es nicht fair sein kann, mitten im Spiel die Spielregeln zu ändern.

Mir ist nämlich durchaus bewusst, dass das Veröffentlichen aller Nebenverdienste ab dem ersten Euro einen Einschnitt ins Leben mancher Abgeordneten bringen würde.

Wenn man diesen aber erst zur nächsten Legislatur beschließt, dann kann sich jeder überlegen, ob er sich als Kandidat für den nächsten Bundestag aufstellen lässt. Er muss vor seiner Kandidatur mit seinem Gewissen ausmachen, ob er für die Rechte und den besonderen Status, den er von den Wählern zugebilligt bekommt auch die damit verbunde-

nen Pflichten annehmen möchte.

Bevor mir jetzt vorgeworfen wird, ich gönne unseren Abgeordneten nichts, kann ich sagen, dem ist nicht so. Ich persönlich hätte kein Problem damit, wenn der Bundestag dafür das Salär der Abgeordneten erhöht. Für die Verantwortung, die unsere Abgeordneten tragen und die von ihnen gewünschten Qualifikationen, verdienen sie viel zu wenig.

Meiner Ansicht nach ist meine Forderung auch vom Grundgesetz gedeckt, denn selbst das Verfassungsgericht sieht die Parlamentarier in einer besonderen Pflicht.

Mit der Freiheit des Mandats (Art. 38 Abs. 1 GG) sind nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten verbunden, deren Reichweite durch das Gebot, die Repräsentations- und Funktionsfähigkeit des Parlaments zu wahren, bestimmt und begrenzt wird. Zu den Pflichten eines Abgeordneten gehört es, dass er in einer Weise und einem Umfang an den parlamentarischen Aufgaben teilnimmt, die deren Erfüllung gewährleistet. Dabei verlangt die parlamentarische Demokratie einer höchst komplizierten Wirtschafts- und Industriegesellschaft vom Abgeordneten mehr als nur eine ehrenamtliche Nebentätigkeit.

Vielmehr fordert sie den ganzen Menschen, der allenfalls unter günstigen Umständen neben seiner Abgeordnetentätigkeit noch versuchen kann, seinem Beruf nachzugehen. Nur der Umstand, dass die Abgeordneten bei pflichtgemäßer Wahrnehmung ihres Mandats auch zeitlich in einem Umfang in Anspruch genommen sind, der es in der Regel unmöglich macht, daneben den Lebensunterhalt anderweitig zu bestreiten, rechtfertigt den Anspruch, dass ihnen ein voller Lebensunterhalt aus Steuermitteln, die die Bürger aufbringen, finanziert wird.

Der Text wurde entsprechend der CC-Lizenz übernommen (Quelle: piraten.in/transp).

# Demokratiedefizit in Europa

**EU** Legitimation in der Krise oder Legitimation durch die Krise? Das Demokratiedefizit in der EU und Handlungsoptionen für die Piratenparteien

CC BY-SA Nico Kern

Die Diskussion über das Demokratiedefizit in der Europäischen Union ist quasi so alt wie die Institution selbst samt ihrer Vorgänger.

Eine Umfrage für die Frankfurter Allgemeine Zeitung Anfang dieses Jahres ergab, dass sich der Anteil der Deutschen, die sehr großes oder großes Vertrauen in die EU haben, innerhalb der letzten zehn Jahre glatt halbiert hat (von 49 Prozent auf 25 Prozent). Dagegen ist der Anteil der Skeptiker mit wenig oder keinem Vertrauen von 40 auf 67 Prozent angestiegen. Sogar die europäische Idee scheint mittlerweile gefährdet, wenn statt 62 nur noch 41 Prozent der Befragten in Europa die gemeinsame Zukunft sehen.

Damit rückt eine wichtige Voraussetzung für ein europäisches Gemeinwesen, nämlich eine gemeinsame europäische Identität, in weite Ferne. Ein „Wir-Gefühl“ ist in Europa aktuell kaum mehr spürbar. Dies scheint ein denkbar ungünstiger Ausgangspunkt zu sein, um eine neue Debatte über Europa anzustoßen. Oder doch nicht?

## Verwässerte Verantwortlichkeit und Lobbyismus ...

Die Komplexität der EU-Regelwerke und der Kompetenzwarr zwischen Mitgliedstaaten und der EU, aber auch innerhalb der EU, wirken von außen nicht gerade einladend. Das Bemühen um einstimmige Entscheidungen erschwert das Erkennen von politischen Lagern, an denen der EU-Wähler sich orientieren könnte. Ein politischer Diskurs über

die Themen Europas findet so gut wie nicht statt. Es herrscht Verantwortungsdiffusion. Die Politik macht sich dies auch teilweise zunutze, indem sie Erfolge national verbucht, bei Fehlentwicklungen hingegen auch schon mal gerne pauschal auf Brüssel verweist.

Diese politischen Spielchen machen es dem Bürger jedoch so gut wie unmöglich, politische Entscheidungen eindeutig einer bestimmten Verantwortungsebene oder einem bestimmten EU-Organ oder gar Personen zuzuordnen. Für ihn bleibt die EU ein Mysterium. Aufgrund dieser politischen Blackbox erscheint ihm auch eine Partizipation am politischen Prozess von Anfang an sinnlos. In Deutschland verbietet das Grundgesetz genau wegen dieser Problematik grundsätzlich eine gemeinsame Aufgabewahrnehmung von Bund und Ländern und setzt auf eine strikte Trennung der Verantwortlichkeiten.

Verschärft wird diese Problematik dadurch, dass zwei der drei politischen Organe der EU intransparent arbeiten: Sowohl der Rat als auch die Kommission

tagen hinter verschlossenen Türen. Von unterschiedlichen Standpunkten und alternativen Lösungskonzepten erfährt der Bürger und somit der Wähler nichts. Dazu passt schließlich noch der Eindruck beim Publikum, dass die Brüsseler Bürokratie von wirtschaftsnahen Lobbyisten beherrscht wird, was dem Ansehen der EU-Politik insgesamt einen zusätzlichen Ansehensverlust beschert hat. Diese Gesamtsituation spiegelt sich wider in der absolut vernichtenden Wahlbeteiligung zum Europa-Parlament, die mittlerweile weit unter 50 Prozent liegt.

## ... statt einer gemeinsamen Legitimationsbasis

Es ist absehbar, dass sich die gegenwärtige Krise noch ausweitert und eventuell in eine konstitutionelle Krise übergeht. Denn die Legitimationsbasis wird unweigerlich weiter bröckeln. Ein politisches Gemeinwesen wie die supranationale EU hat nur relativ wenige Möglichkeiten, sich zu legitimieren. Eine eigene euro-

päische Identität ist – wenn überhaupt – nur unzureichend in der Bevölkerung vorhanden. Bislang stiften die Nationen nur für ihre Gemeinwesen Identität. Daran wird sich so schnell auch nichts ändern lassen, da es hier um lang tradierte Anschauungen geht.

Ein das politische Empfinden der EU-Bürger ansprechender Verfassungspatriotismus – unabhängig von Nationalitäten – konnte sich auch (noch) nicht entwickeln, denn die EU ist als supranationale Institution ein Projekt der Staaten und eben keines der Bürger.

## Wofür wird die EU gebraucht?

Da der EU also zurzeit die üblichen Legitimationsquellen eines politischen Gebildes fehlen, bleibt ihr nur, sich gegenüber dem Bürger über die Möglichkeit der Beteiligung, der Transparenz bzw. Sinnhaftigkeit ihrer Prozesse und über die Ergebnisse ihrer Politik zu legitimieren. In der Vergangenheit stützte sich die EU vor allem auf die von ihr produzierten Ergebnisse, während sie die beiden anderen Punkte sträflich vernachlässigte.

So galt die EU als Modell der Friedenssicherung und auch als Wachstumsmotor für die Wirtschaft. Der daraus resultierende Wohlstand wurde auf der Haben-Seite der EU verbucht. Allerdings ist die Friedenserhaltung bereits ins allgemeine Bewusstsein aufgenommen und wird von der Bevölkerung als selbstverständlich hingenommen, so dass hieraus keine besondere Legiti-

## Die europäische Union



**Eine halbe Milliarde Menschen** in 27 Staaten bilden in der EU einen Staatenbund. Die EU hat eigene Souveränitätsrechte: sie kann EU-weite Gesetze auf den Weg bringen, die letzten Endes jeden EU-Bürger betreffen. Nur ihre eigenen Ge-

schäftsgrundlagen darf die EU nicht selbst umschreiben. Dazu bedarf es der Zustimmung jedes einzelnen Mitgliedsstaates. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten sind komplex und wenig transparent. So können Lobbyisten an Einfluß gewinnen.



mation mehr abgeleitet werden kann. Und das zweite wichtige Standbein, der wirtschaftliche Wohlstand, erfährt in der aktuellen Krise einen deutlichen Knacks. Gerade jetzt wäre es also wichtig, insgesamt eine Legitimationsbasis für das Gebilde zu schaffen, die unabhängig von bestimmten politischen Ergebnissen funktioniert. Die Stabilität eines Gemeinwesens zeichnet sich nämlich gerade dadurch aus, dass man es aus übergeordneten Gründen auch dann anerkennt, wenn die politischen Ergebnisse nicht den persönlichen Vorstellungen entsprechen.

Legitimation kann unter den jetzigen Rahmenbedingungen nur durch eine demokratische Beteiligung der Bürger und eine transparente, bürgernahe Gestaltung der politischen Prozesse erfolgen.

Die bislang einzige direkte Beteiligungsmöglichkeit auf europäischer Ebene bietet die Wahl zum Europaparlament. Dabei hat das Parlament weder Budget- noch Initiativrecht. Es kann also weder selbst den Haushalt aufstellen, noch kann es eigene Gesetzesinitiativen starten.

Auch die neu geschaffene EU-Bürgerinitiative stellt eher eine Petition als ein Bürger- oder Volksbegehren nach deutschem Muster dar, denn die Initiative ist auch im Erfolgsfall nicht verbindlich. Die Kommission ist lediglich aufgerufen, sich mit dem Vorschlag der Bürgerinitiative zu befassen. Allerdings kann so zumindest politischer Druck auf die Kommission ausgeübt werden.

## Institutionelle Reform als Dauerthema

Es besteht also auch nach dem Vertrag von Lissabon ein erheblicher institutioneller Reformbedarf.

Vorschläge zur Auflösung des Reformstaus kursieren seit Jahren in der politischen Debatte. Sie differieren nach Umfang und

Zielrichtung der Reformbestrebungen. Als europäische Leitbilder kommen eine Föderation, ein Europa der Nationen oder ein Europa der Regionen in Frage, wobei die Übergänge fließend sind, und eine Abgrenzung teilweise schwierig ist. Die daraus resultierenden Reformvorschläge reichen von einer Wahl des Kommissions- bzw. EU-Ratspräsidenten, über die Wahl der gesamten Kommission durch das Parlament oder die Bürger, bis hin zur Abschaffung der Kommission inklusive Errichtung eines Zwei-Kammer-Systems, das zusammen mit dem Rat die Gesetzgebung und Exekutive innerhalb der EU übernehmen soll.

In der aktuellen Krise wurde auch der Ruf nach einer Wirtschaftsregierung laut, der allerdings mangels einer europaweiten Öffentlichkeit kritisch zu beurteilen ist.

Diese Wirtschaftsregierung würde ohne wirkliche demokratische Kontrolle oder Legitimation agieren können. Dies ist mit dem herkömmlichen Demokratieverständnis in Europa unvereinbar. Anstatt die vorhandenen Defizite abzubauen, würden sie noch weiter verschärft.

## Handlungsoptionen für europäische Piratenparteien

Ohne sich bereits auf ein bestimmtes Modell für die zukünftige EU festzulegen, sollte die Zielsetzung für die Piraten in Europa sein, sich an der Schaffung einer neuen europäischen Idee zu beteiligen, die anstehenden Debatten europaweit zu führen und somit dazu beizutragen, dass eine europäische Öffentlichkeit entsteht. Um dies zu ermöglichen, muss dem Transparenzgedanken auch auf Europaebene Geltung verschafft werden. Die Sitzungen von Kommission und Rat müssen öffentlich sein, damit sich eine Debatte entzündet, die dann von den Medien aufgegriffen werden kann. Inwiefern sich dann über die Sprachgrenzen hinweg tatsäch-

lich eine gemeinsame Öffentlichkeit bildet, bleibt abzuwarten. Ein kurzfristig zu realisierendes Zwischenziel für die Piraten wäre die Durchführung von europaweiten Bürgerinitiativen. Die international vernetzten Piratenparteien bieten hierfür eine ausgezeichnete Infrastruktur. Mittels solcher Initiativen kann dann auch der Forderung nach mehr demokratischem Einfluss in der EU Nachdruck verliehen werden.

Die jetzige Krise dürfte die weitaus schwerste in der Geschichte der EU sein. Es erscheint nicht ausgeschlossen, dass die EU in dieser Phase auseinanderbricht. Diese Krise bietet jedoch auch eine Chance.

Da das neo-liberal geprägte Wirtschaftsgefüge der EU einer Belastungsprobe ausgesetzt ist, wäre es an der Zeit, einen Identitätsanker für ein neues Europa zu schaffen. So wie der Sturm auf die Bastille zum Gründungs-

mythos der französischen Republik gehört, so könnte die Widerstandsbewegung in Europa gegen den Kasinokapitalismus den Kitt für ein geeintes Europa bilden. Falls sich Europa nach überstandener Krise dann als Schicksalsgemeinschaft verstehen sollte, die sich auf gemeinsame Werte wie eine neue Form des sozialen Zusammenhalts besinnt, dann könnte auch endlich der Schritt zu einer wirklichen Verfassung gewagt werden, die von allen europäischen Nationen akzeptiert wird. Bis dahin ist es aber noch ein steiniger Weg.



Grafik CC-BY-SA Tubs / Wikipedia

Anzeige



**Alpha Team**  
Systems & Consulting

**Bringen Sie Ihr Geschäft Online!**  
Mit unseren übersichtlichen eCommerce und Online-Shop Tools haben Sie alles im Griff!

**Wir bieten Ihnen:**

- Stellung eines externen Datenschutzbeauftragten gemäß §4f Bundesdatenschutzgesetz
- Internet Service Provider (ISP) Services
- Online-Shop & E-Commerce Lösungen
- Daten- & Virenschutz

Alpha Team Systems & Consulting GmbH  
Brandenburgische Straße 12  
D-10713 Berlin  
Tel. +49(0)30 301 20 000  
Fax +49(0)30 301 20 001  
E-Mail: info@alphateamsysteme.de  
Online: www.AlphaTeamSystems.de




# Freie Fahrt nach nebenan

**Nahverkehr** fahrscheinlos mit Bus und S-Bahn unterwegs: damit gewannen die Berlin-Piraten große Zustimmung. Heute verursachen Kfz erhebliche Schäden. Freie Fahrt könnte sich rechnen. Wie lässt sich diese Idee in die Praxis umsetzen, und was wird es kosten?



Grafik CC-BY-SA Thomas Latzke

## ÖPNV für die Nutzer kostenlos?

Immer wieder wird darüber gesprochen, nur wenige Kommunen oder Kreise können sich mit so einem Konzept anfreunden. Weniger Autos, dafür Busse? Und das zum Nulltarif? Zumindest wäre es ein innovativer Weg für Deutschland, die CO<sub>2</sub>-Emissionen im individuellen Verkehr massiv zu reduzieren. Es wäre ein „Rezept“ für lebendige Innenstädte. Denn für die Metallkarossen schneiden sich die breiten Straßen in den Großstädten wie Messerschnitte ins Fleisch – sie beschneiden die Freiheit der Menschen und verdrecken die Innenstädte. Aber auch auf dem Lande sind Straßen mit Individualverkehr ein großes Problem für Mensch und Natur.

Reduziert man den Öffentlichen Personen-Nahverkehr (kurz ÖPNV) allein auf die Kosten, so muss man auch dies für individuellen Verkehr. Was kostet uns der Verkehr mit Autos, SUV? Wie groß sind die jährlichen Aufwände für die Straßensanierung? Wie hoch ist die

Platzverschwendung durch Parkflächen und was kostet die Bereitstellung von Parkplätzen? Wie viel Mittel stecken die Kommunen und Kreise in den Unterhalt von Signalanlagen? Wieviel volkswirtschaftlichen Schaden richtet der Individualverkehr durch Unfälle an?

## Kfz-Kosten

Heute verursachen die Fahrzeuge erhebliche Kosten. Die Kommunen, die Kreise, die Länder und der Staat haben einen erheblichen Kostenanteil am Individualverkehr. Wie wäre es, würde man alle diese Kosten zusammentragen und direkt mit den Kosten des ÖPNV vergleichen? Leider gibt es derzeit keine ausreichende Kostentransparenz, um diesen Vergleich qualifiziert zu führen.

Mit Bus und Bahn wäre noch immer ein Netz aus Straßen und Schienen vorhanden. Doch wäre dies nicht so stark belastet, als wenn ungehemmt Fahrzeuge individuell „rumgurken“.

Es gibt viele Initiativen, die sich in dieser Richtung seit Jahren einsetzen, so wie die „Tran-

sition Town Bielefeld“. Oder es gibt Kommunen, die haben den Schritt gewagt und das mit großem Erfolg: die belgische Stadt Hasselt ist ein Vorzeigemodell.

Es lohnt sich der Besuch von Hasselt, bei dem man intensiv das Konzept erleben und sich mit den Hintergründen eines visionären Verkehrskonzeptes auseinandersetzen kann. Hasselt probiert seit 1997 aus, was passiert, wenn Autos weitestgehend aus der Innenstadt verbannt werden und dafür viele kostenlose Busse fahren. Es wurden Busspuren und Grünstreifen eingerichtet und somit die Feinstaub-Belastung erheblich gesenkt. Die Zahl der Fahrgäste im öffentlichen Personennahverkehr ist um über das Dutzendfache gestiegen. Hasselt will das Konzept weiter ausbauen. Das zeigt, dass es keine Illusion ist.

Der Klimawandel zwingt uns alle über kurz oder lang, neue Wege wie Hasselt zu gehen! Es wäre zu hoffen, dass das belgische Verkehrskonzept auch in Deutschland Schule macht.

CC-BY-NC-ND Andreas Rohrmann

„Kostenloser“  
ÖPNV: ein  
Rechenbeispiel



Die Piraten in Hameln (Niedersachsen) haben sich ebenso mit Hasselt und dem fahrscheinlosen ÖPNV auseinandergesetzt und das Modell auf ihre Kreishauptstadt übertragen.

In der Hamelner Tagespresse stand, dass laut Geschäftsführer Carsten Busse etwa 7 bis 8 Millionen Euro im Landkreis durch den Fahrkartenverkauf eingenommen werden. Dort stand auch, dass wir das Ganze über Steuern finanzieren wollten, was nicht zu hundert Prozent richtig ist, aber belassen wir es erstmal dabei.

Es stehen also der Einfachheit halber 7,5 Millionen Euro im Raum. Wir haben im Landkreis Hameln-Pyrmont ca. 125.000 Wahlberechtigte. Wollten wir das also über eine Abgabe finanzieren, müsste jeder Wahlberechtigte 60 Euro pro Jahr oder 5 Euro pro Monat aufwenden.

Nun ist nicht jeder Wahlberechtigte auch erwerbstätig, gehen wir also nur mal von denen aus, die derzeit einer Beschäftigung nachgehen. Das sind im Landkreis etwa 70.000 Menschen. Teilen wir die 7,5 Millionen auf diese Personen auf, so fällt auf jeden eine Abgabenlast von 8,93 Euro im Monat.

Für knapp neun Euro im Monat könnten also alle Menschen, ob jung, ob alt, Schüler, Rentner, Manager oder Angestellter einfach so in jeden Bus einsteigen. Keine Monatskarten mehr, kein Anstehen am Buseingang, einfach so. Das klingt doch erstmal gar nicht so schlecht. Aber es



wird noch besser! Wir haben allein in Hameln ca. 12.000 sogenannte Einpendler, also Beschäftigte, die in Hameln arbeiten, aber nicht hier wohnen. Nehmen wir mal ganz zurückhaltend an, dass nur ein Viertel davon jeden Tag mit dem Auto anreist und dann auf ein Park&Ride-System für 1 Euro pro Tag umsteigt, das selbstverständlich auch von Tagestouristen genutzt werden könnte.

## 8 Euro pro Monat Nahverkehrsabgabe

Dadurch ließen sich etwa 800.000 Euro zusätzlich einnehmen, was zu einer verbleibenden monatlichen Abgabenlast von 7,98 Euro führen würde, wohlgeachtet, nur von den Erwerbstätigen, bei allen Wahlberechtigten sind wir jetzt nur noch bei 4,47 Euro im Monat. Und es gibt weitere Finanzierungsmöglichkeiten. So sind die Parkplatzgebühren in Hameln im Vergleich zu anderen Städten extrem niedrig, derzeit 80 Cent für die erste Stunde. Das ist für Autofahrer natürlich sehr angenehm, aber wir wollen ja Autofahrer zu Busfahrgästen machen.

Vergleichbare Städte haben Einnahmen aus Parkgebühren von ca. 800.000 Euro pro Jahr bei einer ähnlichen Tarifstruktur. Erhöhen wir also die Einnahmen aus Parkgebühren, was immerhin nur noch diejenigen trifft, die nun trotz allem immer noch nicht mit dem Bus fahren wollen, um 50 Prozent, also um 400.000 Euro. Dann sind wir bei einer Abgabenlast von 7,50 Euro pro Monat für jeden Erwerbstätigen. Bei allen Wahlberechtigten sind wir bei 4,20 Euro.

Angeichts der Tatsache, dass erwerbstätige Eltern für ihre Kinder bereits jetzt Busfahrkarten kaufen und sowohl Rentner als auch andere Nichterwerbstätige auch jetzt schon einen Teil ihres verfügbaren Einkommens für den ÖPNV ausgeben, weil sie sich gar kein Auto leisten können, ist davon auszugehen, dass sich die durchschnittliche Abgabenlast dann irgendwo zwischen

fünf und sechs Euro einpegeln wird.

Weitere Aspekte: Die großen Arbeitgeber in Hameln wenden derzeit viel Mühe und somit finanzielle Mittel auf, um ihren Mitarbeitern Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Diese Unternehmen könnten sich an der Finanzierung des ÖPNV beteiligen. Hasselt hat seine Fahrgastzahlen vervielfacht. Mit höheren Fahrgastzahlen ließen sich aber auch höhere Einnahmen durch Werbung in und an Bussen erzielen.

Auf der anderen Seite würden Kosten entfallen, die ausschließlich durch den Fahrscheinverkauf entstehen:

- Herstellungskosten der Einzeltickets/Monatskarten
- Komplette Vertriebsstruktur
- Verwaltungskosten für Abos
- Aufstellung und Energiekosten für Ticketautomaten
- Kosten für die Kontrolle der Tickets
- Provisionen für Wiederverkäufer

Und wir haben bisher nur über Geld gesprochen. Nicht berücksichtigt wurde bisher

- der Aspekt der verbesserten Lebensqualität
- Belebung des Einzelhandels
- die Verringerung von Unfällen
- die neuen Möglichkeiten zur Fahrspurverkleinerung, um Radwege zu schaffen (z.B. auf der Deisterallee)
- die reduzierten Instandhaltungskosten für Straßen
- der Wegfall des Verkehrs, der nur für die Parkplatzsuche anfällt
- die bessere CO<sub>2</sub>-Bilanz
- die Verringerung von Feinstaubemission

Einige der aufgeführten Zahlen basieren auf Vergleichswerten aus anderen Städten, da detaillierte Informationen nur äußerst sparsam veröffentlicht werden.

Der Text wurde entsprechend der CC-Lizenz übernommen (Quelle: [piraten.in/oepnv](http://piraten.in/oepnv)) Piratenpartei Hameln CC-BY-NC-SA

## Arbeitsgemeinschaft für Energiepolitik meldet sich mit Programmantrag

CC-BY-SA Hartmut Ernst



Piraten und Energiepolitik? Wie passt das zusammen? Der Einwand, wir seien eine „Einthemenpartei“ greift schon längst nicht mehr. Wer es sich noch mit diesem Klischee bequem macht, sollte auf Überraschungen gefasst sein. Zu den großen politischen Themen, darunter auch die Energiepolitik, haben wir längst Stellung bezogen. Wobei wir nicht zu jeder Detailfrage gleich eine griffige Antwort liefern.

Das muss auch gar nicht sein; wichtiger ist, dass wir unsere gemeinsamen Grundsätze und Leitlinien, die mittlerweile einer breiten Öffentlichkeit bekannt sind, tatsächlich glaubwürdig und konsequent auf alle relevanten Politikbereiche anwenden.

Und entlang dieser Leitlinien ist auch die energiepolitische Ausrichtung der Piratenpartei zu verstehen, die immer mehr an Kontur gewinnt und während des Bundesparteitag 2011.2 am 3. und 4. Dezember in Offenbach verabschiedet werden soll.

Es liegt auf der Hand, dass unsere Forderung nach Netzneutralität bei den Energienetzen nicht weniger gut passt als auf das Internet. In der Energiewirtschaft stellen die großen Versorger-Multis wie E.ON diesen Grundsatz infrage, im WWW übernehmen Google & Co. diese zweifelhafte Rolle.

Wir Piraten sehen es als unsere Aufgabe, in Sachen Elektrizität, Wärmeversorgung und Mobilität mit der Umwelt und ihren

begrenzten Ressourcen genauso vernünftig und verantwortungsvoll umzugehen wie mit Daten. Unter diesen Prämissen führt an der Umstellung der Energiewirtschaft auf (re-)generative Energiequellen, gepaart mit Energieeinsparmaßnahmen und einem Ausstieg aus der Elektrizitätserzeugung mit Atomkraftwerken, kein Weg vorbei. Es ist eine Tatsache, dass fossile Brennstoffe zur Neige gehen und Atomkraft unzumutbare Gefahren birgt. Dazu stehen die „Energiepiraten“ nicht erst seit Fukushima, sondern seit sie sich Ende 2009 zusammengefunden haben.

## Lokal und regional

Neben Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit ist auch die Versorgungssicherheit aller Bürger ein wesentlicher Aspekt. Wie jede Infrastruktur muss nach unserer Überzeugung auch die Energie-Infrastruktur diskriminierungsfrei durch Transparenz und Bürgernähe geprägt sein. Wir favorisieren daher nicht Großprojekte durch Großkonzerne, sondern kleinteilige, eng vernetzte lokale und regionale Strukturen, die sozial und marktwirtschaftlich geprägt sind.

Natürlich sind alle Interessierten herzlich eingeladen, bei der AG Energiepolitik mitzumachen. Schaut doch mal rein:

<http://piraten.in/agenergie>

Dort findet ihr auch unser Positionspapier zur Energiepolitik.

# Sozial*liberal*

**Aufstieg** ist, wenn sich die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht, Einkommensgruppe oder Qualifikationsstufe nach oben verändert. Das Gegenteil ist sozialer Abstieg. Oder Verharren auf dem gleichen Niveau. Deutschland ist sozial unbeweglich:

In keinem anderen Land, schreibt Sozialwissenschaftler Reinhard Pollak, blieben die Menschen so stark in der Position hängen, die schon ihre Eltern hatten. Insbesondere die jüngere Generation schafft den sozialen Aufstieg nicht mehr auf breiter Basis.

**Bildung** Das Rennen um gute Bildungsabschlüsse beginnt bereits in der ersten Klasse. In Deutschland sind gutbezahlte Erwerbsquellen stark an formale Abschlüsse gebunden. Wer nicht das gewünschte Papier hat, muss sehen wo er bleibt. So wird das Studium als Königsweg gesehen. Für Kinder aus Akademikerfamilien ist ein Studium selbstverständlicher Teil der Biografie. Anders ist das bei Kindern aus nicht akademischen Elternhäusern – für die bedeutet ein Studium ein Risiko, und es muss absehbar sein, dass sich ein Abschluss auszahlt.

**Chancen** Über 20 Jahre nach dem letzten großen Umbruch, der Wiedervereinigung BRD und DDR, ist die bundesrepublikanische Gesellschaft erstarrt. Auch wenn jetzt viele Menschen in den Ruhestand gehen und Fachkräftemangel droht.

**Demokratie** Aus finanzieller Notlage und Zukunftsängsten heraus kann keine Freiheit für politisches Handeln erwachsen. Druck und Zwang führt bei den Betroffenen zu einer Radikalisierung der politischen Forderungen. Dies gefährdet die Demokratie in unserer Gesellschaft.

**Engagement** Von unbezahlter Freiwilligenarbeit, dem vielbeschworenen bürgerschaftlichen Engagement, lebt eine Gemeinschaft. Das sind soziale Dienste wie der Besuch von kranken oder alten Menschen, Jugendarbeit, Trainer oder Schiedsrichter im örtlichen Verein, Kultur- und Theaterprojekte.

**Freiheit** schützt man nicht, indem man sie abschafft. Die Piraten setzen sich für starke Grundrechte ein. Sie wollen die Bürgerrechte gegenüber dem sie bedrohenden Staat verteidigen. Maßstab ist das originale Grundgesetz, wie es 1949 ausgearbeitet wurde. Änderungen an den Grundrechten (Artikel 1 bis 19) lehnen sie kategorisch ab, da die Vergangenheit gezeigt hat, dass diese immer nur zu einem Abbau von Bürgerrechten führen.

**Grundeinkommen** Ein Mensch kann nur in Würde leben, wenn für seine Grundbedürfnisse wie etwa Wohnen, Essen und Gesundheit gesorgt und gesellschaftliche Teilhabe möglich ist. In unserer Geldwirtschaft braucht es dazu ein Einkommen. Gefragt sind Lösungen, die eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe individuell und bedingungslos garantieren und dabei auch wirtschaftliche Freiheit ermöglichen.

**Hartz IV** kam ab 2005. Punkt 1): Die Anrechnung / Berechnung von Leistungen zu Sicherung der Grundversorgung sind diskriminierend. Ferner ebenso die Sanktionen. 95 bis 98 Prozent aller Bezieher von ALG 2 sind ehrlich. Leider wird nur auf den Rest geschaut und jeder Empfänger von Leistungen für kriminell gehalten. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Aufgrund dessen müssen Sanktionen ein Ende haben.

Punkt 2): Auf dem Weg zum

BGE (bedingungslosem Grundeinkommen) sind noch viele Hürden zu nehmen. Eine sollte die Anhebung auf einen menschenwürdigen Hartz-IV Satz sein.

**Internet** Unter dem Deckmantel, vor Kinderpornografie zu schützen, gibt es sowohl mit der Censilia-Direktive in der EU als auch dem Zugangserschwerungsgesetz in Deutschland noch immer politische Bestrebungen, Mechanismen zu etablieren, die die Internetübertragung auch hier systematisch einschränken können. Der Unterschied einer solchen Infrastruktur zu den in Diktaturen eingesetzten Netzfiltern ist eine reine Konfigurationsfrage. Frankreich, das in diesem Jahr bereits eine ähnliche Sperrregelung einführte, steht nun im ROG-Bericht erstmals unter Beobachtung und ist somit im Verdacht, ein Feind des freien netzbasierten Gedankenaustausches zu werden. Die Piraten hoffen, dass weder Deutschland noch die gesamte EU diesen Weg einschlagen werden.

**Jugendarmut** Fast jeder zehnte Jugendliche in Deutschland bezieht Hartz IV um zu überleben. Im Sommer 2008 waren dies fast eine Million Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 24 Jahren.

**Korruption** Die sanfte Vorteilsnahme und Bestechung kommt durch die Hintertür. Sie ist typisch für Rechtsstaaten wie Deutschland. Man kann sie als Entlastungskorruption kennzeichnen. Sie wird von den unmittelbar Beteiligten wie ein Tausch als vorteilhaft empfunden. Allerdings handelt es sich um einen Tausch zu Lasten Dritter. Entlastungskorruption ist immer mit einem Vertrauensbruch verbunden: Hier wird eine Delegationsbeziehung missbraucht, um ein illegales Einkommen zu

generieren.

## Lehrmittelfreiheit

Der Erwerb von neuen Schulbüchern kann mehrere hundert Euro pro Jahr kosten. Es wäre auch hier Zeit für neue Ansätze. Mit Hilfe von Onlinemedien und Schüler-Tablets können stets aktuelle Lehrmittel genutzt werden. Es wird immer weniger notwendig, die Dienste von teuren Schulbuchverlagen in Anspruch zu nehmen. Diese wachen eifersüchtig über ihren Content (per Schultrojaner), den nur zu oft Lehrer nebenberuflich gegen Honorar erstellen. Der Staat zahlt also doppelt.

Es ist besser, wenn gute Lehrmittelaufsteller aus der Lehrerschaft diese Werke im Rahmen ihrer Tätigkeit erstellen, und lizenzkostenfrei für jedermann zur Verfügung stellen. Ein positives Beispiel sind die Mathevideos der Kahn Academy, die weltweit über Youtube zur Weiterbildung bereitstehen.

## Marktwirtschaft, soziale

ist ein dritter Weg zwischen gnadenlos/zügelloser Wirtschaftsfreiheit und zentralistischer Staats-Planung. Jeder trägt Verantwortung für sich und für andere. Doch wenn die eigene Kraft nicht reicht, springt der Sozialstaat ein und stellt Hilfsleistungen bereit.

**Nachhaltigkeit** ist eigentlich ein Fachbegriff der Forstwirte. Bäume brauchen über 100 Jahre, bis sie reif zum Fällen sind. Da ist generationenübergreifende Voraussicht nötig. Die soziale Nachhaltigkeit versteht die Entwicklung der Gesellschaft als einen Weg, der Partizipation für alle Mitglieder einer Gemeinschaft ermöglicht. Dies umfasst einen Ausgleich sozialer Kräfte mit dem Ziel, eine auf Dauer zukunftsfähige, lebenswerte Gesellschaft zu erreichen.



# von A bis Z

**Soziales** Der Überblick zu Sozialpolitik, Meinungen, Interessen und Lösungen

CC BY-SA Stefan Müller et al.



**Open Government** ist ein Synonym für die Öffnung von Regierung und Verwaltung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft. Dies kann zu mehr Transparenz, zu mehr Teilhabe, zu einer intensiveren Zusammenarbeit, zu mehr Innovation und zu einer Stärkung gemeinschaftlicher Belange beitragen. Im angelsächsischen Sprachraum hat sich für diese Entwicklung, die besonders von den Web 2.0-Technologien geprägt wird, die Bezeichnung „Open Government“ durchgesetzt.

**Pflege** Die Bevölkerung wird immer älter. Altersbedingte Krankheiten nehmen zu. Gleichzeitig der Wunsch, nicht ins Heim zu gehen. Ein Ansatz wären neue Formen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens. Zum Beispiel in einer Senioren-Wohngemeinschaft, oder als Erweiterung des Familien-Konzeptes. Hierfür müssten Rahmenbedingungen geschaffen und Fördermodelle entwickelt werden. Jeder Mensch muss sich frei für den selbstgewählten Lebensentwurf und die von ihm gewünschte Form gleichberechtigten Zusammenlebens entscheiden können. Das Zusammenleben von Menschen darf nicht auf der Vorteilnahme oder Ausbeutung Einzelner gründen.

**Quelloffen** nicht nur Software, auch andere Produkte müssen transparenter werden, in-

dem der Bauplan für jedermann offen liegt. Das schafft Vertrauen durch Transparenz.

**Rente** siehe Pflege, Grundeinkommen

**Sozialliberal** Freiheit darf keine Frage des Geldbeutels sein. Was ist Freiheit? Ein Raum, in dem ich mein Leben und meine Umwelt gestalten kann. Anatole France schrieb einst sarkastisch, die Gleichheit vor dem Gesetz verbiete es Armen wie Reichen, unter Brücken zu schlafen.

Den Zynismus, den er hier sieht, ist offenkundig: Ein Reicher hat andere Möglichkeiten, sein Leben zu gestalten, als jemand, der in Armut lebt, jede Chance wahrnehmen muss, und die Welt nicht nach seinen Vorstellungen mitgestalten kann. Dem Reichen fällt es leicht, diesem Gesetz zu folgen.

Wem aber die Brücke das letzte verbliebene Dach im Leben ist, der hat keine Wahl. Wer jeden Job annehmen muss, wer sich von Behörden gängeln lassen muss, ist nicht frei. Man nimmt es heute oft leichtfertig hin, dass es zwei Klassen im Gesundheitssystem gibt, dass man einen teuren Anwalt braucht, um sich rechtlich besser durchzusetzen, dass man viel Geld auf der hohen Kante braucht, um frei zu sein von fast allen Zwängen, die unsere Gesellschaft uns sonst auferlegt. Wahre Freiheit aber

muss die Freiheit jedes Menschen sein, sonst ist der Begriff wertlos. Daher sehen sich die Piraten als sozialliberal, und versuchen, den unterschiedlichen Freiheitsniveaus, die sich in unserer Gesellschaft aus unterschiedlichem Wohlstand ergeben, mit einer ausgewogenen Sozialpolitik zu begegnen.

**Transparenz** Heute muss allzuvielen in Politik und Behörden nichtöffentlich bleiben. Warum? Die Abkehr vom Prinzip der Geheimhaltung, dafür ein Prinzip der Öffentlichkeit bringt frischen Wind in diesen Staat. Der mündige Bürger soll alle Informationen erhalten. Das ergibt eine moderne, freiheitliche und demokratische Wissensgesellschaft. Siehe auch Seite 8.

**Umwelt** Man muß so handeln, dass auch in Zukunft die Lebensgrundlagen vorhanden sind. Voraussetzung ist ein verantwortungsvoller Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Mehr nachhaltig genutzte regenerative sowie generative Energiequellen sind daher nötig. Organisiert wird das in einer transparenten dezentralisierten Erzeugerstruktur. Siehe dazu Seite 13.

**Vetternwirtschaft** Wenn bei Ausschreibungen immer die gleichen Leute zum Zuge kommen, liegt der Verdacht nahe, dass etwas nicht mit rechten Dingen abgewickelt wird. Siehe

Korruption.

**Wandel** Der Wandel zur digitalen Gesellschaft stellt einen enormen Entwicklungssprung dar. Sie wirkt sich massiv auf unser soziales Leben, politische Prozesse und unser wirtschaftliches Handeln aus. Freie Kommunikation wirkt wie ein Katalysator für die Weiterentwicklung der Gesellschaft und legt mit den neuen digitalen Technologien bisher ungeahnte Potenziale frei. Der freie Informationsfluss schafft mündige Bürger, die in der Lage sind ihre Freiheit wirkungsvoll gegen totalitäre Tendenzen zu verteidigen. Die freie Vernetzung ermöglicht es, Angebot und Nachfrage aller Art einfach zusammenzubringen. Die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation sind aus der modernen Gesellschaft nicht mehr wegzudenken und müssen auch durch staatliches Handeln sichergestellt und sogar gefördert werden.

**Xenophobie** Fremdenfeindlichkeit können wir uns nicht leisten. Jeder Mensch ist wichtig.

**Y-Chromosom** Ob mit oder ohne sollte keine Rolle spielen.

**Zoomfaktor** Das große Ganze ist in der Politik verloren gegangen. Atemlos hetzen Politiker durch Talkshows, die Medien bringen ein Sensationsthema nach dem anderen.

# Einkommensteuer umgedreht

CC BY-SA Sven Sladek



Vom Finanzamt gibt es Geld: die negative Einkommensteuer ist ein Konzept für sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe. Die Gruppe der Sozialpiraten stellt das zur Diskussion. Sie sehen die Chance, Arbeit und Existenz voneinander zu trennen.

Aufgrund unserer zunehmenden Popularität durchstreift die Medien- und Politiklandschaft immer wieder ein vergiftetes Gerücht, getrieben von der Angst vor dem Unbekannten: Die Piraten haben keine Antwort auf die wirklich brennenden sozialen Probleme unserer Zeit, keine Thesen zur Umverteilung, schlicht: beschäftigen sich nur mit ihrem Computer. Das soll vermutlich die eigenen Leute besänftigen und die potentiellen Piratenwähler verunsichern.

Die Realität ist natürlich eine andere. Wie in so vielen Bereichen, in denen den Piraten Untätigkeit nachgesagt wird, gibt es innerhalb der Piraten diverse Gruppen, die sich mit dieser Problematik intensiv auseinandersetzen. Als Beispiel seien hier die Sozialpiraten genannt, die sich einer genauen Ausarbeitung des Absatzes „Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe“ unseres Grundsatzpro-

gramms. Spätestens hier sollten die ersten, welche den Gerüchten vertraut und sie geglaubt haben, stutzig werden: Ja, wir haben hier bereits eine klar Aussage mit breiter Mehrheit der Partei getroffen, welche frenetisch 2010 in Chemnitz gefeiert wurde. Wer diesen Absatz genauer liest, stellt fest, dass wir hier bereits anerkennen, dass Vollbeschäftigung ein Wunschdenken und für uns nicht erstrebenswert ist.

Damit brechen wir mit einem Dogma, welches alle im Bundestag vertretenen Parteien predigen und leben. Wir wollen die Menschen befreien aus einer Denkweise, die sie unter permanenten Erfolgsdruck setzt, wollen Arbeit und Existenz voneinander trennen und den schöpferischen, kreativen und sozialen Aspekten der Arbeit einen neuen Freiraum, ja, eine neue Anerkennung schaffen. Und das machen wir uns wahrlich nicht einfach,

indem wir wie andere flach sagen, dass doch bitte einfach Reichtum besteuert oder gefälligst ein Mindestlohn eingeführt werden soll. Es gibt zur Zeit mehrere Bestrebungen. So setzen wir beispielsweise auf eine ungeahnte gesellschaftliche Breite, in der eine Enquete-Kommission die Einführung eines neuen, emanzipatorisch wirkenden Sozialsystems durch eine Volksabstimmung erarbeiten soll. Eine andere Bestrebung ist der Wegfall von Zwängen und Möglichkeiten dazu im bestehenden System. Die Linie wird klar: Wir wollen Freiheit und Mitbestimmung, und das nicht nur im Internet, wie es uns so gern unterstellt wird. Und dies nicht mit Klein-Klein und Pflästerchen, wie es uns die aktuelle Politik, getrieben durch Medien, Umfragen und Opposition, vormacht, sondern „den großen Wurf“. Nur wer Neues wagt kann dem Rumgepfusche am Alten entgegen.

Die Gruppe der Sozialpiraten arbeitet derzeit an einem Konzept der negativen Einkommenssteuer mit Sockelfreibetrag. Hierzu haben wir uns ausführlich mit den derzeitigen Ausgaben im Sozialsystem beschäftigt, gerechnet und uns verschiedene Modelle angeschaut. Viele Detailfragen, die sich auf eine Finanzierung niederschlagen, sind noch zu klären. Wie darf man sich das vorstellen mit so einer negativen Einkommenssteuer? Zunächst einmal sollte man wissen, dass unser Steuersystem derzeit 7 verschiedene Arten von Einkommen kennt, und diese alle ein wenig anders besteuert werden. Da wir bekanntermaßen das komplizierteste Steuersystem der Welt haben und die Piratenpartei gern gordische Knoten für

die Bürger durchschlagen möchte, bauen wir darauf, dass ein einfaches, neues Steuersystem einfach notwendig ist. Anfang dieses Jahres hat der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht und derzeitige Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht an der Universität Heidelberg Paul Kirchhof den Entwurf eines Bundessteuergesetzbuches vorgelegt, welches ein recht einfaches Einkommenssteuerrecht beinhaltet. Auf lediglich 7 Seiten wird hier alles klar geregelt, was bislang schlüpfrig und auf hunderten von Seiten steht. Klarheit erleichtert dem Bürger, einen Überblick zu behalten und für sich selbst zu bewerten, ob ein System gerecht oder ungerecht ist. Wir haben diesen Entwurf als mögliche Ausgangsbasis für unseren eigenen Ansatz verstanden.

Die negative Einkommenssteuer geht also im Regelfall davon aus, dass es nur noch eine Einkommenssteuerart mit einem einzigen Steuersatz und einen auszubezahlenden Steuerfreibetrag gibt. Eine Ausnahme ist hier das Ulmer Transfergrenzenmodell, welches einen erhöhten Steuersatz bis zu dem Punkt vorsieht, ab welchem der Bürger tatsächlich Steuern zahlt und nicht mehr bekommt, und einem niedrigeren danach – wenn er also vom Empfänger zum Zahler wird. Dieter Althaus verwendet diese Methodik in seinem Bürgergeldmodell. Sieht man einmal davon ab, ist das ganze System recht einfach zu verstehen. Es gibt nur zwei Kerngrößen: Der Steuersatz und der Freibetrag. Allein damit lässt sich ein progressiver Verlauf der realen Besteuerung erzielen. Aber es gibt noch mehr Fragen: Was ist mit



der Altersvorsorge? Wie behandeln wir Kinder und Jugendliche in diesem System? Inwieweit werden welche Sozialversicherungen damit getragen?

Wie handhaben wir den Wunsch nach Arbeitsplätzen? Welcher Bemessungs-

zeitraum ist relevant? Klar ist, dass die Sozialhilfebezüge hier nicht angefasst werden dürfen.

Aber wir sind dran, kennen diese Fragen, sammeln Pro- und Kontraargumente, Alternativen, bewerten jeden Aspekt, den wir sehen

oder der uns aufgezeigt wird. Zu sagen, dass wir uns nur mit unserem Computer beschäftigen ist also mehr als nur zu kurz gedacht. Wer das ernsthaft glaubt, wird eine Überraschung erleben – ob positiv oder negativ hängt von der eigenen Färbung ab.

## Über die Transferunion zu den Vereinigten Staaten von Europa?

Ein Leserbrief von Pirat Robert Stein (CC-BY-SA Bobby79, Twitter: @Pirat\_Robert)

Woran liegt die Krise in Griechenland? Liegt der Grund allein in den Ineffizienzen des griechischen Systems und an Korruption?

Nein! Das heutige Desaster hätten die Architekten der Währungsunion schon vor Einführung des Euros vorhersehen können. Dadurch, dass Griechenland seit gut 10 Jahren über keine eigene Währung mehr verfügt, fehlt die Möglichkeit, die in Griechenland produzierten Güter und Dienstleistungen über Abwertung günstig ins Ausland zu exportieren. Die Gemeinschaftswährung führt somit zwangsläufig zu einer negativen Handelsbilanz, da Griechenland mehr importiert als es exportiert. Eine negative Handelsbilanz erhöht den Drang zur Neuverschuldung. Griechenland lieh sich folglich immer mehr Geld und gab Staatsanleihen aus, um über die nötigen Finanzen zu verfügen. Dadurch stieg die Schuldenlast und der Anteil des Haushalts, der für Zinszahlungen aufgewendet werden musste. Das Resultat ist eine Abwärts-spirale, die den Handlungs- und Zahlungsunfähigkeit wirbelt.

Griechenland hatte nie eine faire Chance. Beihilfen und Zahlungen der EU an strukturschwache Räume waren nie ausreichend, um eine wettbewerbsfähige Exportnation wie Deutschland zu gestalten. Welche Optionen bieten sich der Politik? Ich betrachte zwei Möglichkeiten:

1. Griechenland wird durch einen Schuldenschnitt saniert und erklärt seinen Austritt aus der Währungsunion. Die eingeführte Drachme wertet gegenüber dem Euro ab, wodurch Güter und Dienstleistungen aufgrund des nun vorhandenen Wechselkursvorteils vermehrt aus Griechenland exportiert

werden. Die gestiegenen Exporte Griechenlands pöppeln die Handelsbilanz auf. Aufgrund der sinkenden Lohn- und Produktionskosten haben ausländische Firmen Anreize, in Griechenland zu produzieren, wodurch es über mehr Güter im inländischen Markt wählen kann und weniger importieren muss. Problematisch bleibt, dass nicht erlassene Schulden in Euro bestehen bleiben. Voraussetzung ist also ein radikaler Schuldenschnitt. Andere Schuldenstaaten werden diesem Beispiel folgen, der Euro stünde vor dem Aus.

2. Die EU wird zur Transferunion, in der EU-Staaten mit positiver Handelsbilanz Zahlungen an EU-Staaten mit negativer Handelsbilanz leisten. Diese Transferunion erhält den Euro ohne Wenn und Aber, bedeutet aber gleichzeitig auch eine Kompetenz- und Machtverlagerung nach Brüssel. Das ist ein gangbarer Weg, jedoch werden die EU-Bürger ungefragt vor vollendete Tatsachen gestellt. Eine solche Verlagerung der Entscheidungsgewalt führt unweigerlich zum nächstfolgenden Schritt: Die Vereinigten Staaten von Europa! Ich möchte nicht beurteilen, ob das positiv oder negativ zu bewerten ist, jedoch sollte eine gewichtige Entscheidung über die Aufgabe nationaler Identität und Kompetenzen demokratisch gewählter Parlamente meines Erachtens direkt vom Bürger entschieden werden.

In welche Richtung sich unsere Politiker auch entscheiden werden, es stehen Entscheidungen von ungeheurer Tragweite für Europa an. Die Dynamik der Märkte zwingt uns, kurzfristig zu entscheiden. Eines sollten wir dabei beachten: Die Bürger Griechenlands sind frei und demokratischer Natur. Wir dürfen ihnen ihre Souveränität nicht nehmen!

Bild CC-BY-SA Takkk / Wikimedia



Die GEZ und damit der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk (ÖRR) bläst zum Großangriff auf unsere Daten.

Ursprünglich war mit der Rundfunkreform 2013 von der Politik geplant worden, die Datensammelwut der GEZ einzuschränken. Dies scheiterte leider in großem Umfang. Denn es sind nicht nur nicht weniger Daten geworden, sondern die GEZ soll jetzt sogar ein offizielles Auskunftsrecht gegenüber Vermietern erhalten. Dies ist jedenfalls so in § 9 des 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag enthalten. So kann die GEZ noch mehr Daten sammeln, ohne Kontrolle durch eine unabhängige Stelle.

Einmal mehr erscheint die GEZ wie eine Datenkrake ohne unabhängige Kontrolle durch Datenschützer. Diese Schnüffelei in der Privatsphäre der Bürger erhöht bestimmt nicht die Akzeptanz für den ÖRR, deren ausführendes Organ die GEZ schließlich ist. Damit nicht genug, zahlen wir Bürger mehrfach Gebühren. Denn etwa 10 Prozent der Gebühren ergeben sich aus nicht-privaten Quellen. Das heißt, die Gelder kommen zum Beispiel von Firmen und öffentlichen Stellen mit Computern (als sogenannte neuartige Rundfunkgeräte). Zusätzlich gibt es noch die Einnahmen über Werbung dazu.

Sowohl Kosten für Werbung, als auch für Büro-Computer werden natürlich an die Verbraucher über den Preis der Produkte weitergegeben. Rein statistisch zahlt also jeder Gebührenzahler eine erhöhte Gebühr, auf die sogar noch Umsatzsteuer erhoben wird. Dazu kommt ein weiterer indirekter Effekt. Empfänger von Sozialhilfe müssen sich erst umständlich von der Gebührenpflicht befreien lassen, sie sind nicht automatisch befreit. Diese Gebühren werden natürlich so gesehen auch über die Steuern der Bürger eingezogen.

Besonders dreist ist an dieser Stelle der Hinweis in den GEZ-Geschäftsberichten, dass die Gebühr gesenkt werden könnte. In Wirklichkeit wäre dies nur eine Verlagerung der Gebühren auf die Steuerzahler. So gesehen könnte man die Umstände, dass die Befreiung nicht automatisch erfolgt, als Subvention des ÖRR durch den Staat ansehen, womit eine Unabhängigkeit zumindest in Frage gestellt ist.



# Little Brother

**Buchbesprechung** In einer gar nicht all zu fernen Zukunft

CC-BY-ND Jan / ForestCry

Hast du dir schon einmal vorgestellt, wie es ist, in der ehemaligen Sowjetunion zu leben? Oder wie im nationalsozialistischen Deutschland? So unterschiedlich die beiden Systeme auch sein mögen, so haben sie doch eines gemeinsam. Sie waren Überwachungsstaaten. Vielleicht magst du nun denken: So etwas kann nicht mehr passieren, nicht in einer Demokratie mit westlichen Standards und vor allem nicht in Deutschland.

„Little Brother“ zeigt das Schreckensszenario am Beispiel von San Francisco in den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Geschichte handelt von Teenager Marcus Yallow. Er geht in einer stark überwachten Schule zum Unterricht, aus der er sich mit seinen Freunden mit Begeisterung schleicht.

Als sie sich eines Tages während der Schule treffen, um einen Hinweis bei ihrem Lieblingsspiel Harajuku Fun Madness aufzuspüren, wird San Francisco Opfer eines Terrorangriffes. Sie werden von der Heimatschutzbehörde DHS entführt und als potentielle Terroristen in Gewahrsam genommen. Nach seiner Freilassung schwört Marcus, der DHS den Krieg zu erklären. Jedoch hat sich San Francisco in der Zwischenzeit in eine total überwachte Stadt verwandelt, in der jeder von der Norm abweichende Bürger ein

Terrorist ist. Marcus wird beinahe erneut verhaftet, wegen ungewöhnlichem Reiseverhalten. Doch bald erinnert er sich an seine Erfolge an der Schule: Viele Fehlalarme schränken die Macht der DHS ein. Zusammen mit anderen gründet er das „X-Net“ aus alten, ausrangierten Spielkonsolen des Typus X-Box mit „ParanoidLinux“, da sein Laptop verwandt wurde. Als das DHS versucht, gegen X-Net vorzugehen, gründet Marcus ein Web of Thrust, um zumindest Teile des X-Net abzusichern. Er trifft Angela Carvelli, mit der er eine Beziehung eingeht und welche ihm hilft. Nach einer abgebrochenen Flucht beschließt Marcus, die Geschichte seinen Eltern und der Presse zu erzählen.

Nach kurzer Zeit wird Marcus verhaftet; Angela wurde bereits zuvor inhaftiert. Die Reporterin Barbara Stratford befreit ihn und alle Inhaftierten. Seine Geschichte wird publik, das DHS wird entmachtet. Im Verlauf der Geschichte wird klar, dass diese Geschichte mehr als nur unterhalten soll. Es wird klar, dass extreme staatliche Überwachung nicht immer in weit entlegenen Ecken der Erde auftritt, sondern bereits in unserer Nachbarschaft beginnt. Staatliche Überwachung findet sich auch in westlichen Nationen (Paradebeispiel: London). Deutschland bildet keine Ausnahme. Seit Jahren, insbesondere nach dem 11. Septem-

ber 2001, bemüht sich die Bundesregierung um die „Sicherheit“ ihrer Bürger, oft auch unter Vernachlässigung ihrer Grundrechte und Freiheiten. Nun mögen einige das Argument anbringen, wer unschuldig sei, habe nichts zu verbergen. Diejenigen müssen sich jedoch im Klaren sein, dass sie im Vorhinein verdächtigt werden. Die staatliche Überwachung könnte man sich wie einen Polizisten vorstellen, der dich ständig überwacht.

Wenn man sich dies vorstellt, wird klar, wie gefährlich die Überwachung sein kann. Einerseits wird die Individualität eingeschränkt, wodurch ein Gemeinschaftssinn mit gemeinsamen Misstrauen gegen den Staat entsteht, andererseits ziehen sich die Einzelbürger aus dem öffentlichen Leben zurück, um der Überwachung zu entkommen. Oft angeführt wird auch das Problem der „Movie-Plot-Security“, das Fokussieren der Sicherheit auf einzelne Bereiche des Lebens, wobei andere vernachlässigt werden. Nimmt man etwa wieder einmal das Beispiel London, so kann man nach dem Terroranschlag unter Zuhilfenahme eines Busses verstärkte Sicherheitsmechanismen in Bussen feststellen.

Dies schützt aber nicht vor einem Terroranschlag unter Zuhilfenahme von Schiffen, Flugzeugen oder Fahrrädern. Es bleibt also die Frage: „Warum gibt es so viele Überwachungsgesetze, wenn der Sinn und Zweck nicht immer gegeben ist?“. Nehmen wir den Kandidaten A aus Partei

X. Er ist Bundesinnenminister und wird gefragt, ob er Schiffe stärker überwachen möchte, weil in Land Z ein Terroranschlag mit einem Schiff verübt werden sollte. Stimmt er nun zu, so schützt er die Bürger: das Schiffs-Attentat wird unwahrscheinlicher, es gibt Lob für A. Außerdem steigt die Chance, dass X wiedergewählt wird. Dabei werden die angesprochenen Langzeitfolgen verschwiegen. Stimmt A gegen ein Überwachungsgesetz auf Schiffen, und ein Terroranschlag findet statt, hagelt es negatives Feedback – insbesondere aus der Opposition – und die Chance auf Wiederwahl sinkt.

Der Kampf für die eigene Freiheit ist nicht immer einfach. Aber „Little Brother“ zeigt auch, dass sich der Kampf lohnt. Denn wie schon der US-amerikanische Philosoph Thoreau einst sagte: „Unter einer Regierung, die irgendjemand ungerechterweise einkerkert, ist der wahre Ort für einen rechten Mann auch ein Gefängnis.“ Das soll nicht bedeuten, dass jeder aufrechte Bürger das Gesetz brechen muss.

Aber wer sich ungerecht behandelt fühlt, sollte zumindest die in den Grundrechten verankerten Rechte auf Versammlung, Vereinigung und schlussendlich auf Demonstration nutzen.

Cory Doctorow: Little Brother. rororo Taschenbuch, 9,99 €. Auch als Hörbuch, Epub oder im Gratis-Download auf der Autoren-Webseite [craphound.com](http://craphound.com)



Cory Doctorow

Foto CC-BY Joici Ito / Wikimedia



# Privatsphäre

## Gibt es sie überhaupt noch?

**Datenschutz** Gewinnmaximierung und anderer Datenhandel bedroht unsere Privatheit

CC-BY-NC-ND ulrics



Foto CC-BY Tobias M. Eckrich

Im Zeitalter von Internet sind Daten von Privatleuten und Firmen zu einer Währung geworden.

Irgendwie müssen die Seiten sich finanzieren. Dazu erheben diese Seiten Daten und verwenden diese als Handelsware, wenn man ihnen dieses erlaubt hat. Das wäre ein Beispiel aus dem Internet. Sie nutzen gar kein Internet und sind deswegen nicht vom Datenhandel betroffen?

Das ist ein fataler Irrtum. Selbst jene, die immer bar zahlen und im Internet sparsam mit Daten oder nicht aktiv sind, wären überrascht, was alles bekannt ist. Die Daten sind in der Hand von Leuten, die damit Geld machen.

Wer die staatliche Datensammelwut schon schlimm findet, dem wird die private noch weniger gefallen. Schließlich macht die Datensammlung des Staates nur etwa 20 Prozent der Daten aus. Die restlichen 80 Prozent sind bei Wirtschaftsunternehmen gespeichert und werden dort kommerziell verwertet. Häufig, ohne dass man davon weiß.

Der nachfolgende Artikel zeigt die Zusammenhänge des Datenhandels und geeignete Gegenmaßnahmen auf. Also viel Spaß beim Lesen, denkt selbst und wehrt euch! Niemand hat etwas zu verbergen außer der Wahrheit, denn sonst würden Menschen nicht lügen.

## Woher kennt man mich?

Es gibt die unterschiedlichsten Quellen für mehr oder weniger persönliche Daten. An manchen Stellen würde man es zuerst gar nicht vermuten, dass dort die eigenen Daten gehandelt werden könnten. Die Auswirkungen dieses Datenhandels spürt so ziemlich jeder regelmäßig.

**Behörden** Wer der Meinung ist, über die eigenen Daten hätte man die alleinige Verfügungsgewalt, irrt. Das fängt schon bei Meldebehörden an. Bei etlichen Meldebehörden muss explizit der Weitergabe von Daten widersprochen werden. Ansonsten dürfen die Daten für diverse Zwecke weitergegeben werden. Dies geschieht dann, ohne dass es eine Information gibt. Die Daten werden mit Gewinn für die Stadt verkauft.

**Telefonbücher** Daten werden auch den Telefonbüchern entnommen. Teilweise geschieht dies auch durch „Callcenter“, welche ihre „Produkte“ anbieten wollen. Dies ist natürlich eine illegale Methode und wird nur von schwarzen Schafen der Branche verwendet. Ist die Telefonnummer nirgends angegeben, könnten höchstens noch Bekannte oder der Anbieter die weitergegeben haben.

**Gewinnspiele** Weitere Datenquellen sind die netten Gewinnspiele, welche überall warten. Als Hauptpreis gibt es zum Beispiel ein Auto. Meist gibt es nur den Hauptpreis. Da sind die Chancen natürlich entsprechend niedrig.

Das Auto wird auch nicht zum Wohle der Menschheit verlost. Es geht natürlich um die Daten, die man unbedingt angeben muss. Irgendwo steht bei solchen Gewinnspielen dann ein Datenschutzhinweis bzw. der Punkt, dass erlaubt wird, die Daten weiter zu verwenden. Häufig ist dies mit Unterschrift zu quittieren. Diese Daten sind dann bares Geld für die Sammler wert.

Je mehr Daten zu einer Person existieren, desto wertvoller ist der Datenschatz. Mit der Erlaubnis ist dies alles ganz legal. Im Netz poppen ohne Blocker nur zu leicht irgendwelche vermeintlichen Gewinnspiele oder sogar Gewinne auf. Diese müssen dann aber teuer bezahlt werden. Man wird stärker durchleuchtet als bei einer Volkszählung.

**Umfragen** sind besonders ergiebige Quelle für Daten. Insbesondere dann, wenn die Umfrage mit einem kleinen Gewinnspiel verknüpft wurde. Die Übergänge zwischen Gewinnspiel und Umfrage sind stellenweise fließend. Bei solchen Aktionen nehmen viele

Menschen teil und geben bereitwillig Informationen über sich preis.

**Warenproben** Kostenlose Gratisgaben dienen eigentlich dazu, neue Kunden zu gewinnen. Über das Internet kann man auf diesem Weg aber nicht nur neue Kunden gewinnen, sondern sogar noch Informationen über selbigen. Im Prinzip wird die Warenprobe mit Daten bezahlt.

**Über die Schule** Es gibt besonders dreiste Datensammler, die gehen sogar über Schulen und Kinder an die Eltern ran. Solche Daten sind natürlich enorm begehrt. Als Gegenleistung für die Daten gibt es zum Beispiel Büchergutscheine. Das Perfide daran ist, dass Schülerdaten in Deutschland einen besonderen gesetzlichen Schutz genießen. Für einen Verlag gab es wegen so widerlicher Praktiken in 2011 einen Big-Brother-Award.

**Rabattkarten** Auch die Betreiber von Rabattkartennetzwerken (Payback) betreiben die Sammlung von Daten. Dort wird mit jeder Sammlung von Punkten der Datenschutzwert größer. Es entsteht ein äußerst umfangreiches Kundenprofil. Denn überall, wo diese Karten eingesetzt werden, werden Daten gespeichert. Die Werbung nach dem nächsten



Einkauf kann dann durchaus stark personalisiert sein. Ob sich die Rabattkarte überhaupt lohnt ist fraglich. Meist handelt es sich um wenige Cent Rabatt. So gibt Payback zum Beispiel häufig nur 1 Prozent oder sogar weniger Rabatt. Eine Rabattkarte lohnt sich nur, wenn Gutscheine für größere Nachlässe dabei sind. Letztendlich werden nicht nur Daten gesammelt, sondern auch noch die Kunden vom Verhandeln abgehalten.

**Bargeldloses Zahlen** Wer die EC-Karte einsetzt, hinterlässt Spuren. Die wenigsten lesen sich an der Supermarktkasse die Datenschutzregeln durch. Selbst die Anträge für eine Kreditkarte geben bezahlbare Informationen preis.

**Internet-Recherchen / Soziale Netzwerke**

Wer im Internet etwas zu einer Person sucht, wird häufig mit der richtigen Suchstrategie schnell fündig. Die Datensammler beherrschen die Suchtechnik und verfeinern sie ständig. So werden von Homepages die Emailadressen ausgespäht. Viele weitere Informationen finden sich auf Homepages. Dieses Sammeln übernehmen vielfach sogenannte Web-Crawler. Diese Programme, welche wie kleine Roboter das Internet durchsuchen, extrahieren gezielt bestimmte Informationen. Zum Beispiel nach dem @-Zeichen. Daran erkennt das Programm Emailadressen und speichert diese.



**Bei Privatpersonen** können Informationen, welche im Internet veröffentlicht wurden, von jedermann frei genutzt werden. Aus einer Internetseite lassen sich viele Informationen für einen schönen Datensatz extrahieren. Teilweise wird gezielt recherchiert, um vorhandene Datensätze in ihrem Wert zu steigern. Hat man zum Beispiel die Adressdaten, lassen sich diese Daten leicht mit Google Streetview abgleichen, um zu sehen, in was für einer Immobilie ein Mensch lebt. Auch können offizielle demografische Daten mit einfließen, welche das Wohnumfeld analysieren. Besonders hinterhältig ist das Ausspähen von sozialen Netzwerken zur Datengewinnung. Dabei melden sich Datensammler an und lesen die zugänglichen Daten mit der richtigen Software einfach aus.

**Versandhandel / Onlinehandel** Hier ist der Datenhandel nicht ausgeschlossen. Es empfiehlt sich ein Blick in die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB). Ich rate, diese immer gründlich durchzulesen. Das erspart unangenehme Überraschungen. Zumindest den Abschnitt über den Datenschutz muss man beachten. Ansonsten darf man sich über Werbepost oder schlimmeres nicht wundern. Sämtliche Firmendatenbanken, deren Betreibern man den Handel erlaubt hat, sind bares Geld wert. Zum Versandhandel zählen auch Abonnements. Die Verlage dürften nicht schlecht mit den Daten ihrer

Abonnenten verdienen. Wer bei einem nicht näher spezifizierten Online-Auktionshaus handelt, gibt teilweise auch gegenüber Privatpersonen/Onlinehändlern seine Kontonummer an. Auch in diesen Fällen ist nicht gesichert, was mit den Daten geschieht.

**Illegale Wege** Der Datendiebstahl kommt häufiger vor, als der Verbraucher mitbekommt. Konzerne hängen so etwas natürlich nicht gerne an die große Glocke. Dort können dann so Daten wie Kontonummer, Telefonnummer und was sonst alles angegeben wurde, in die falschen Hände gelangen. Das ist für den Verbraucher besonders schlimm. Wenn man es nicht erfährt, kann man sich natürlich nicht dagegen wehren und ist dann überrascht, wenn plötzlich jemand vom Konto ohne Grund abbucht. Zu den illegalen Datensammelmethode gehört auf jeden Fall auch Phishing, bei dem trickreich Passwörter abgefragt werden. Zum Beispiel mit einer nachgemachten Anmelde-Webseite der Bank. Es kann auch vorkommen, dass von legal agierenden Unternehmen Datensätze unter der Hand weiterverkauft werden. Wer kann dies auch kontrollieren. Anfällig können da zum Beispiel Callcenter sein. Dort sind meist Kontodaten vorhanden und dazu sind die Mitarbeiter meist leider nicht sonderlich gut bezahlt. Solche Konstellationen erhöhen die Anfälligkeit für eine Weitergabe unter der Hand.

**Freunde, Bekannte und Feinde** Es ist leider so, dass auch Freunde und Bekannte Daten ins Netz stellen. Ungefragt stellen sie Fotos ins Netz und geben auch noch Namen an. So können peinliche Fotos ins Netz gelangen ohne dass der Betreffende es überhaupt mitbekommt. Durch Feinde werden gezielt richtige oder falsche Informationen verbreitet, um zu schaden. Die Gegenwehr gestaltet sich natürlich entsprechend schwierig. Auch solche Daten können in die Hände von Datenhändler gelangen.

**Kontoauszüge** In der Bank achtlos weggeworfene Kontoauszüge können als Quelle für Datenhändler dienen. Name und Kontonummer hat der Datendieb schon einmal. Ebenfalls enthalten sind Kontostand, Kreditinstitut und je nach Auszug weitere Informationen. Zum Beispiel von und zu wem Überweisungen gingen.

**Cookies** Neben Facebook gibt es noch diverse Datenhändler, welche mit Cookies das Surfverhalten nachvollziehen können. Dazu lesen sie vorhandene Cookies über Webseiten mit Hilfe des hinter einem Banner stehenden Codes aus. Dadurch kann jemand mit Bannern auf vielen Seiten genau erfassen, wo jemand war. Meldet sich diese Person nun auf der Hauptseite an, hat diese einen Namen zu den aufgesuchten Seiten.

Damit lassen sich Rückschlüsse auf die Interessen ziehen und im simpelsten Fall Werbung auf der Hauptseite schalten. Allerdings kann die Information natürlich auch verkauft werden. Es gibt Möglichkeiten, den Surfer über den Browser zu identifizieren. Nahezu jeder Browser hat charakteristische Eigenschaften, welche wie ein Fingerabdruck (Browserprint abgeleitet von Fingerprint) sind. Darüber kann eine Seite den Surfer identifizieren und verfolgen. Man braucht nicht paranoid zu sein um verfolgt zu werden. Auch wenn man es nicht möchte, können Cookies oder der Browserprint zum echten Namen führen.

**Datenpannen** Regierungen lassen Datenträger in Zügen liegen. Große Konzerne haben ihre Netze nicht ausreichend abgesichert und lagern dazu noch alle Daten an einem Ort gesammelt. Die Skandale sind zahlreich und trotzdem scheint sich nichts zu ändern. Wem kann man da seine Daten noch anvertrauen?

**Telefonisch** Callcenter wollen nicht unbedingt immer nur etwas verkaufen. Teilweise wollen sie auch einfach nur Daten. Sie geben vor, eine Umfrage durchzuführen oder geben vor, die Daten zu überprüfen. Manche werden dadurch überrumpelt und geben so bereitwillig Auskunft.

**Scoring** Mit einem Rechenmodell werden Prognosen über Zahlungsverhalten eines Menschen aus statistischen Daten abgeleitet. So wollen Banken und Telefonanbieter zum Beispiel das Einverständnis für den Zugang zu den Schufa-Daten einer Person. Schufa dürfte in Deutschland wohl die bekannteste Scoring-Agentur sein. Dort sind besonders sensible Daten zum Zahlungsverhalten und bestehenden Verträgen gespeichert.

**Handy** Bei einigen bekannten Handymarken werden im Gerät Standortdaten gespeichert. Die Ermittlung der Standortdaten könnte lokaler Werbung dienen. Es gibt auch spezielle Apps, mit denen man jedem mitteilen kann, wo man gerade ist. Den Einbrecher freut dies natürlich. Besonders, wenn noch die Adresse mit dabei ist.

## Wer kennt mich?

Es gibt viel mehr Informationen über einen, als man selber weiß. Insbesondere bei emsigen Datensammlern und Händlern. Was dort an Daten lagert, wissen die Betroffenen nur in seltensten Fällen. Ein legaler Datengroßhändler ist die Schober Information Group aus Ditzingen bei Stuttgart, welcher legal Daten für Werbeaktionen handelt. Der Handel umfasst dabei Ankauf, Vermietungen und



Verkauf. Auch die Bertelsmann-Tochter AZ Direct handelt mit Daten. Sogar die Post und Telekom sollen am Datenhandel mitverdienen. In die Kategorie Datenhändler kann man auch Facebook einordnen, für den der Handel mit Daten bzw. die personalisierte Werbung eine wichtige Einnahmequelle darstellt. Ein wesentlich bekannterer Datenhändler ist die Schufa. Die dortigen Daten werden mit Einverständnis des Betroffenen erhoben und verwertet. Meist durch Unterschrift in Verträgen bei Banken oder Telekommunikationsfirmen.

Natürlich erwerben Callcenter legal große Datensätze. Insbesondere Telefonnummern aber natürlich auch Name sind in diesem Fall interessant. Nicht legal ist dagegen der Erwerb von Kontonummern. Bei zwielichtigen Callcentern oder einzelnen Mitarbeitern wird dann auch schon mal die Kontonummer ohne Erlaubnis verwendet. Dort wird dann behauptet, man hätte zugestimmt, selbst wenn es nicht der Fall ist.

Desweiteren gibt es kriminelle Organisationen, die mit Daten handeln. Es sind besonders Kontonummern interessant. Das Ziel ist, Konten zu erleichtern. Als spezielle Form des Datenklaus und -handels kann Phishing gewertet werden. Dort werden am Automaten aber auch Online Kontozugangsdaten entwendet.

## Was ist über mich bekannt?

Alle Daten über eine Person können auch bekannt sein. Das hängt davon ab wie freigiebig jemand mit seinen Informationen ist. Das fängt bei Name und Adresse an, geht über Telefon- und Kontonummer und endet bei den intimsten Vorlieben. Wer mit Suchmaschinen geübt ist, kann vieles über eine Person ermitteln. Mit einem Namen fängt man

an und schon bald zeigt sich Emailadresse, Benutzerkonten und im schlimmsten Fall sogar die Passwörter. Da kann unter Umständen das ganze Leben einer Person offengelegt werden. Einige der Daten sind legal zu handeln und bekommen. Andere Daten dürfen nicht gehandelt werden. Auch Betrüger, Einbrecher oder andere Kriminelle können Datensätze ganz legal erwerben. Legale Daten können natürlich recht einfach mit den Informationen von Google Streetview verbunden werden, wenn sie es illegalerweise nicht schon sind. So lässt sich leicht feststellen wie jemand wohnt.

Nach dem Bundesdatenschutzgesetz dürfen Name, Adresse, Beruf und Geburtsjahr plus ein zusätzliches Kriterium frei gehandelt werden. Solange man nicht ausdrücklich widersprochen hat. Mit Religion, Krankenakte oder politischer Einstellung darf ohne explizite Zustimmung nicht gehandelt werden. Es ist also im eigenem Interesse, vorher zu überlegen was man preisgeben möchte über sich und auch wem man dies mitteilt. Ansonsten wird nicht mit dem guten Namen bezahlt, sondern mit Namen, Adresse und vielen weiteren Informationen.

## Wie kann ich mich wehren?

Dies finde ich die wichtigste Frage von allen. Hilflös ist man keinesfalls gegen diesen digitalen Menschenhandel.

0. Die regierenden Politiker dazu aufzufordern, sich für Datenschutz einzusetzen, dass diese nicht wieder einknicken wie bereits 2009 geschehen, als der Datenschutz endlich zugunsten der Verbraucher geändert werden sollte.

1. An erster Stelle der direkten Gegenmaßnahmen steht die Datensparsamkeit und da-

mit die Prävention. Nicht alles muss jeder wissen, selbst wenn in Formularen Platz für solche Angaben ist. Niemals mehr Daten als notwendig angeben. Bei Zwangstelefonnummernformularen (Kontaktformulare im Internet, welche auf eine Telefonnummer bestehen) ruhig etwas fiktives angeben. Ein Anspruch auf Angabe der Telefonnummer hat niemand. Vertrauen, dass die Daten nicht irgendwie verarbeitet werden, ist verschwendetes Vertrauen. Man kann nur schwer verhindern, dass Daten bekannt werden, da nicht alles in der eigenen Hand liegt. Aber das heißt auch nicht, einen Kampf gegen Windmühlen zu führen. Durch einige einfache Schritte lässt sich die legale Nutzung der eigenen Daten schon mal stark einschränken.

2. Wichtige Dokumente nie einfach wegwerfen, das gilt insbesondere für Kontoauszüge. Bei Dokumenten mit persönlichen Daten hilft schon ein Aktenvernichter aus dem Discount, wenn er kleine Schnipsel herstellt. Besonders gut ist es, da natürlich noch Unwichtiges drunter zu mischen. Da macht sich dann bestimmt keiner die Mühe zu schnüffeln.

3. Bei Verträgen und Gewinnspielen immer das Kleingedruckte lesen. Insbesondere die Punkte Datenschutz und Datennutzung. Eine Zustimmung zur weiteren Datennutzung darf man verweigern und kann diese Passage einfach durchstreichen. Besonders kritisch ist die Einwilligung zu einer pauschalen Datenweitergabe zu sehen.

4. Die erste Adresse bei Werbeflut ist die Robinsonliste (DDV, Robinson-Liste, Postfach 1401, 71243 Ditzingen oder im Internet). Dort müssen allerdings auch Daten angegeben werden. Bei dieser Liste nie mehr Daten angeben als notwendig bzw. ohnehin schon bekannt. Denn Daten, die nicht mehr in der



eigenen Hand sind, kann man als bekannt ansehen. Diese Liste ist allerdings kein Allheilmittel, da die Teilnahme durch Werbende freiwillig ist.

5. Die Adressweitergabe durch Städte kann man verhindern. Bei einigen wird die Weitergabe automatisch bei der Anmeldung unter sagt, bei anderen Städten muss danach gefragt werden. In diesem Zusammenhang gibt es am 27.10. einmal jährlich den OPT-OUT-Day. Dieser soll Bürgern dabei helfen die betreffenden Formulare kennen zu lernen. Die Formulare findet man auf vielen Internetauftritten der einzelnen Städte versteckt. Zuständig sind die Meldebehörden. (Stichwort: Widerspruch gegen die Datenübermittlung).

6. Bei Rabattkarten, sollte man diese nutzen, dürfen Preis, Uhrzeit, Datum, Ort und Rabatt gespeichert werden. Welche Ware gekauft wurde, darf nicht erfasst werden. Bei den Anträgen muss man nicht alles ausfüllen und die Datenschutzklausel sollte intensiv gelesen werden.

7. Wer Werbung bekommt, kann besonders einfach etwas tun. Ein Musterschreiben zum Runterladen gibt es bei der Verbraucherzentrale (<http://piraten.in/antiwerbung>). Mit diesem Brief kann vom Datenhändler die Sperrung oder Löschung der Daten erreicht werden. Dann darf dieser Datenhändler die Daten nicht mehr legal vertreiben. Zudem hat jeder das Recht auf Auskunft über den Ursprung der Daten. Mit Angaben zur Quelle wird dann die Herkunft der Daten zurückverfolgt und bei den Großhändlern und Zwischenhändlern gesperrt. Die Werbeflut wird sich merklich verringern. Dabei niemals mehr Daten geben als notwendig. Nur das angeben, was die Firmen ohnehin wissen.

8. Die Abwehr von Werbeanrufen und Spam-



CC-BY Luis Ricardo Wikimedia

faxen ist besonders schwierig. Teilweise wird die Rufnummer unterdrückt, was zwar verboten, aber nicht immer zurückverfolgbar ist. Spamfaxe scheinen häufig aus dem Aus-

land zu kommen und sind deswegen nur schwer abzuwehren (siehe Kompass Nullnummer 2010; [kompass.im](http://kompass.im)). Wer eine Fritzbox hat, kann Rufnummern oder bestimmte

Anruftypen unterdrücken. Dies hängt natürlich von der technischen Ausstattung ab. Empfiehlt sich aber allein schon um Papier und Toner zu sparen. Die Telefonnummern bei Werbeanrufen stammen meist aus irgendeiner Datenbank. Manchmal wurden diese sogar einfach direkt aus dem Telefonbuch abgeschrieben. Keiner ist gezwungen, seine Telefonnummer im Telefonbuch anzugeben. Dem kann man direkt widersprechen beim Abschluss eines Telefonvertrages.

Generell nie etwas bei Werbeanrufen preisgeben. Einfach die weitere Nutzung der Nummer untersagen. Damit wären weitere Anrufe zumindest von diesem Anrufer illegal, denn ungewollte Telefonwerbung ist illegal. Wer sich die Mühe machen möchte kann auch im Internet weitere Informationen zu der Nummer finden. Dazu gibt man die Nummer ohne Trennzeichen oder ähnliches einfach bei Google ein. Bei Anrufen von Unbekannten, die einem am Telefon etwas verkaufen wollen, kann man getrost auflegen. Keinesfalls darf man irgendwelche Informationen oder Aussagen bestätigen und bestimmt keine weiteren Informationen hinzufügen.

9. Unerwünschte Telefonwerbung/-belästigung kann man auch an die Verbraucherzentralen melden. Diese können häufig gezielter etwas gegen schwarze Schafe unternehmen und diesen das Leben schwer machen.

10. Der Einsatz von einer Robot.txt auf der Homepage empfiehlt sich. Damit kann man zumindest den offiziellen Schnüfflern den Zugang zu privaten Seiten untersagen. Informationen zu dem Inhalt einer Robot.txt findet man im Internet mit der Suchmaschine des Vertrauens. Ansonsten ist es vorteilhaft ein Kontaktformular zu verwenden. Zudem sollten insbesondere Privatpersonen sich informieren, was sie überhaupt alles auf ihrer Seite angeben müssen. Was angegeben wird, kann zum Beispiel als Bild eingebunden werden. Dies macht es Suchrobotern schwieriger, die Informationen auszulesen.

11. Im Browser und Emailprogramm sollte eingestellt werden: Cookies nur mit Zustimmung setzen. Bei Cookies, die nur für eine Sitzung notwendig sind, kann man zum Beispiel beim Firefox die Einstellung wählen: nur für diese Sitzung akzeptieren. Diese Cookies werden dann automatisch gelöscht, wenn der Browser geschlossen wird. Besonders bei Suchmaschinen müssen Cookies regelmäßig gelöscht werden. Eine Anmeldung fürs Suchen sollte man auf jeden Fall vermeiden.

12. Gibt man im Internet Daten an, sollte man sich gut überlegen, wozu diese notwendig sein sollen und ob man bereit ist, diese anzugeben. Ein Blick in die AGB ist allein

schon wegen der Datenweitergabe zu empfehlen. Häufig sind die Webformulare so eingestellt, dass an den Stellen Häkchen sind, wo die Datenweitergabe erlaubt wird. Es gilt das gleiche wie für die Offlinedatenweitergabe.

13. Von sich aus auf die Adressenhändler zugehen und um Offenlegung der Daten ersuchen. Dazu müssen allerdings eigene Daten angegeben werden. Wenn der Datenhändler vorher noch keine Daten hatte, hat er sie nun. Diese Methode birgt ein Risiko, allerdings können sich die Daten, wenn vorhanden, ohne Nachfrage weiterverbreiten. Deswegen bleibt dies eine persönliche Abwägung zwischen zwei Übeln.

14. Besonders unangenehm kann es werden, wenn die Kontonummer in Umlauf gelangt ist. Dies bemerkt man, wenn plötzlich Geld ohne Einverständnis abgebucht wird. Da hilft es nur, den Kontoauszug mindestens einmal im Monat zu prüfen. Ungerechtfertigte Abbuchungen können meist einfach mit Hilfe der Hausbank zurückgebucht werden. Sollte ein Betrug vorliegen, empfiehlt sich eine Strafanzeige wegen Betruges. Auch die Datenverarbeitung mit der Absicht, sich zu bereichern, ist nach § 44 Bundesdatenschutzgesetz unter Strafe gestellt. Ein Blick in den Artikel Abofallen (Kompass 2011.1) empfiehlt sich wegen dem Umgang mit plötzlich eingehenden Mahnungen. Auf jeden Fall keine Bange machen lassen. Im Zweifel helfen die Verbraucherzentralen.

Die Verbraucherzentrale bietet im Internet unter <http://piraten.in/vbds> kostenfrei Themenhefte an, in denen auch auf das Thema Datenschutz eingegangen wird. Dort sind sowohl tiefergehende Informationen, als auch weitere Tipps zu finden.

## Datenschutz ist Menschenrecht

Keine Option ist jedenfalls die sogenannte Post Privacy. Das ist nichts weiter als aufgeben, weil man zu feige ist, sich der Herausforderung zu stellen. Totale Kontrolle über die eigenen Daten gibt es nicht. Aber den totalen Verlust einer Kontrolle muss man nicht hinnehmen. Ich gehöre nur mir und das ist eines der essentiellsten Menschenrechte. Wer freiwillig darauf verzichtet, der hat vermutlich auch nichts gegen die totale Kontrolle durch andere.

Der Datenhandel ist umfangreich und konnte im Rahmen dieses Artikels nur kurz abgehandelt werden. Es verschafft einen kleinen Einblick, wo man seine Daten beschützen muss und welche einfachen Möglichkeiten man dazu hat.



# Willkommen in Utopia

## Teil 2

Montag 4. Januar 2100

Heute gab es eine weitere Lektion in Geschichte. Leider können wir uns dieses Wissen noch nicht über ein Implantat aneignen. Ich weiß, ich bin wohl zu ungeduldig, aber das Wissen durch Lesen und Unterricht anzueignen finde ich extrem ineffizient. Ich frage mich, warum das Beschützer noch keine Möglichkeit für Implantate bei jüngeren Menschen gefunden hat. Die Änderungen in der Welt nach dem sogenannten elften September waren immens. Anscheinend hatte der Akt des Terrorismus mehrere Kriege zur Folge. Kriege in Ländern, die heute nicht mehr existieren. Die klassischen Nationen haben den Cyberweltkrieg nicht überlebt. Das hat uns das Lehrer aber nur als Ausblick mitgeteilt. Erst einmal waren wir aber zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Diese Nation namens USA war ziemlich dominant. Sie beeinflusste nicht nur die Politik vieler Nationen, sondern auch die Wirtschaft.

Insbesondere etwas seltsames namens Copyright. Dies erlaubte es, Kopien zu erwerben. Das Herrscher in diesen USA hieß George Bush und sein Titel war Präsident. Ich kann die Irrationalität von diesem George Bush nicht verstehen. Unserer Lehrer meinte, dieser musste seinem Vater etwas beweisen. Auf der einen Seite hat er Gesetze beschlossen, welche unsere heutige Gesellschaft erst ermöglichten. Auf der anderen Seite hat er Kriege geführt, welche mit Lügen begannen. Alles wird gut dank das Beschützer.

Der Terrorismus hat in vielen Nationen zu Gesetzen geführt, welche die Freiheiten einschränkten. Die Bevölkerung brauchte Schutz und gab bereitwillig ihre Freiheit auf. Ohne diesen Verzicht wäre unsere Gesellschaft gar nicht erst entstanden. Mich wundert, wie oft unseres Lehrer dies betont. Wahrscheinlich lag es an dieser chaotischen Zeit. Ich habe mich nicht getraut eine Frage zu stellen.

Bin ich einfach zu dumm, frage ich mich. Irgendwie passt alles nicht zusammen. Ich bin sicher dies wird sich noch klären im weiteren Verlauf des Unterrichts. Alles wird gut dank das Beschützer.

Dienstag 5. Januar 2100

Das 21. Jahrhundert ist wirklich grausam. Ich bin froh, dass wir in einer so friedlichen Zeit leben. Ohne Kriege und ständige Anschläge von Terroristen. In den Nachrichten gab es, solange ich mich erinnern kann, keine einzige Katastrophenmeldung. Unseres Lehrer hat uns heute erklärt, dass erst durch das Beschützer diese paradiesischen Zustände zustande gekommen sind. Alles ist sauber, kein Müll liegt auf den Straßen. Ganz im Gegensatz zu der Vergangenheit. Die Bilder von den Müllbergen, welche wir gesehen haben, sind wahrhaft erschütternd. Einige Menschen lebten sogar mitten in Müll. Glücklicherweise scheint in unserer Gesellschaft keiner das Bedürfnis zu haben, auch nur ein Blatt Papier wegzuerwerfen.

Zu wertvoll sind die Ressourcen. Auch wenn es inzwischen harte Gesetze mit entsprechenden Strafen gibt, wären diese heute gar nicht mehr notwendig. Alles ist sauber geworden. Es ist gut, dass das Beschützer uns zeigt, wieviel besser es geworden ist durch seinen Einfluss. Für einen kurzen Augenblick hat das Lehrer den Smellomat aktiviert, um uns zu zeigen, wie es damals stank. Er meinte morgen würden wir mehr lernen über die Verschmutzung des 21. Jahrhunderts und zu was sie alles führte.

Mittwoch 6. Januar 2100

Heute habe ich erfahren, dass die Gerüche von gestern auch von sogenannten Autos stammten. Das sind anscheinend individuelle Transporteinheiten. Transporteinheiten, welche die Luft verpestet haben mit ihrem Gestank. Durch Verbrennung von wertvollen Ressourcen wurde Bewegungsenergie erzeugt. Ich verstehe nicht, warum sie nicht einfach das Transportnetz genutzt haben. Schließlich soll es das auch schon damals gegeben haben. Noch schlimmer waren sogenannte Flugzeuge, welche für den Transport über größere Entfernungen dienten. Eine Magnabahn gab es damals noch nicht. Meine Frage nach dem Sinn dieser Transportmethode war also beantwortet. Warum

hatte das Lehrer dies nicht schon einige Tag früher getan. Das war überaus seltsam. Alles wird gut dank das Beschützer.

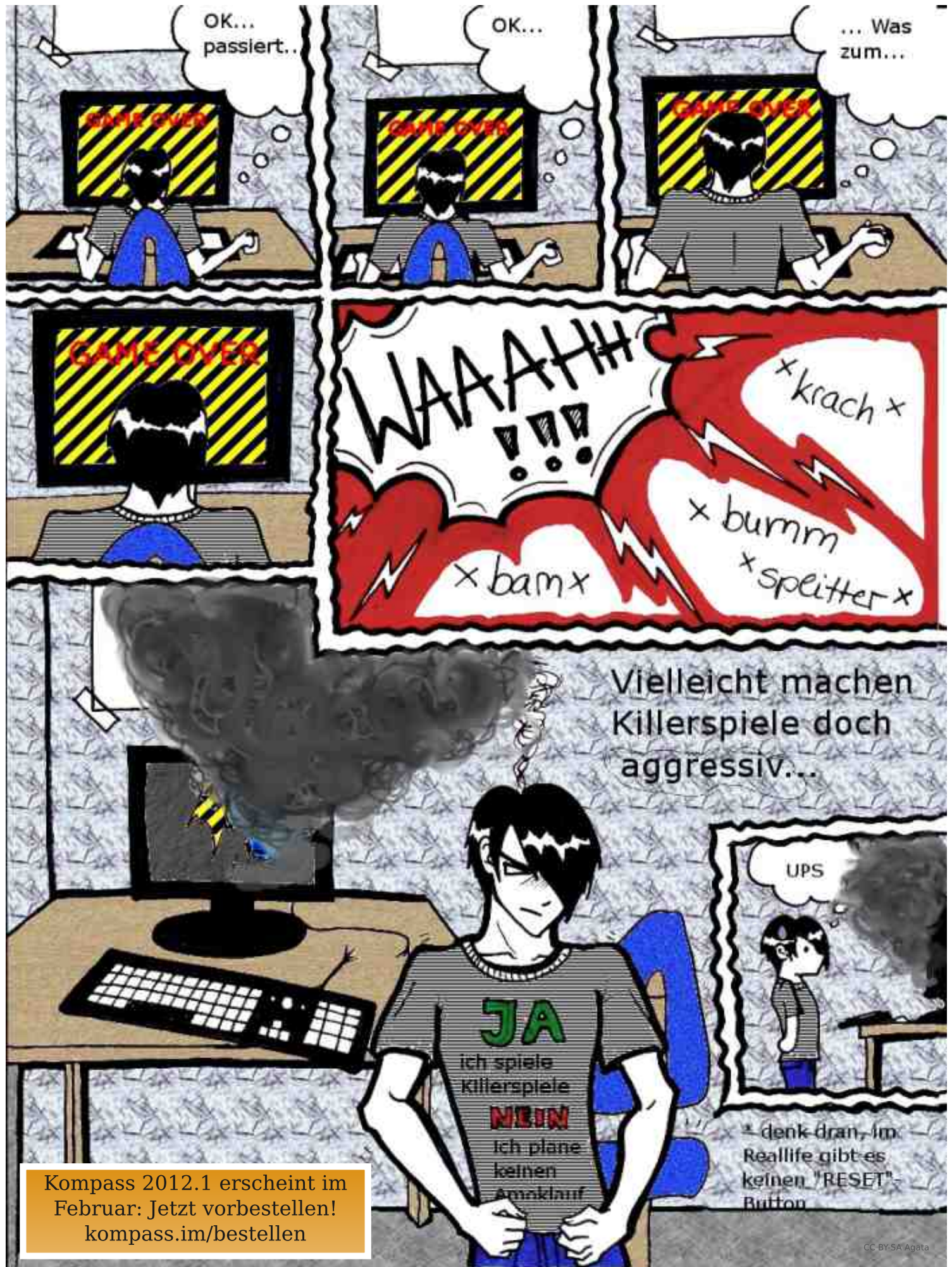
Donnerstag 7. Januar 2100

Noch immer verweilte der Unterricht zu Beginn 21. Jahrhundert. Das Beschützer zeigte uns eine Menge Zusammenhänge. Heute war dies Geographie. Früher hatte es deutlich mehr Landfläche gegeben. Anscheinend waren seit Beginn des 21. Jahrhunderts die Meere kontinuierlich gestiegen. Es ist erstaunlich, wie sehr sich die Form der Kontinente änderte. Trotz des Anstiegs war das Meer der Mitte gänzlich verschwunden. Das hatte einer absurden Branche stark geschadet. Eine Dienstleistung, die sich Pauschalreise nannte. Die Menschen damals waren so unproduktiv mit ihren ewig langen Pausen zwischen der Arbeit. Wie sie so ihre wackligen Staaten aufrecht erhielten, ist mir unverständlich.

Ich bin froh, dass das Beschützer Urlaub abgeschafft hat. Der Meer der Mitte verschwand jedenfalls durch den großen afroeurischen Damm. Einem gigantischen Kraftwerk, welches die Energieprobleme des afroeurischen Kontinents löste und noch heute einiges an Energie liefert. Zeitgleich schalteten sie ihre ineffizienten Kraftwerke ab. Mich verwundert, wieviel damals auf die gefährliche Kraft aus Zerfall von Atomkernen gesetzt wurde. Glücklicherweise wurden diese abgeschaltet nach einer Katastrophe, welchen einen halben Kontinent verseuchte. Heute leben da nach das Lehrer nur noch Mutanten. Mutanten, welche auch uns bedrohen.

Bilder bekamen wir nicht gezeigt, aber das Lehrer warnte uns eindringlich davor in dieses Gebiet zu reisen. Ich wüsste nicht, warum wir überhaupt reisen sollen. Sobald ich mein Implantat habe, kann ich überall Urlaub machen und innerhalb von wenigen Minuten die Welt bereisen. Egal zu welchem Zeitalter. Heute schwimmen auf den riesigen Ozeanen Algenfarmen und ganze Städte. Das Beschützer hat das Antlitz der Welt zum Besseren gewandt.





Kompass 2012.1 erscheint im  
Februar: Jetzt vorbestellen!  
[kompass.im/bestellen](http://kompass.im/bestellen)